

Aus: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft / hrsg. von C. D. Kernig. - Bd. 6. - Freiburg u.a. : Herder, 1972. - Sp. 1108-1137

WIRTSCHAFTSTHEORIE

A. Begriffsbestimmung, Abgrenzung und Zusammenhang mit anderen Wissenschaften: I. Definitionen der Wirtschaftstheorie; II. Gliederungskriterien; III. Die Stellung der Wirtschaftstheorie innerhalb der Wissenschaften.

B. Historischer Abriss: I. Vorklassische und klassische Ökonomie; II. Marx' Kritik der politischen Ökonomie; III. Neoklassische und Keynesianische Wirtschaftstheorie; IV. Weiterentwicklung der politischen Ökonomie von Karl Marx.

C. Methodologie der Wirtschaftstheorie: I. Ökonomie und Ideologie; II. Formen und Probleme der Modellbildung; III. Werturteilsproblem und Praxeologie

A. Begriffsbestimmung, Abgrenzung und Zusammenhang mit anderen Wissenschaften

I. Definitionen der Wirtschaftstheorie

Der Begriff „Wirtschaftstheorie“ ist Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten zwischen Wissenschaftlern in westlichen Ländern und wird in den sozialistischen Ländern selten und erst in jüngster Zeit verwendet. Die Bezeichnung „Wirtschafts-

theorie“ trat erst im 20. Jahrh. an die Stelle der — gleichwohl auch weiterhin gebräuchlichen — Begriffe „Politische Ökonomie“ und „Nationalökonomie“. Sie geht vor allem auf ALFRED MARSHALL zurück, der die politische Ökonomie (*Political Economy*) nur als wirtschaftspolitische Anwendung der W. (*Economics*) aufbaute und soden Bedeutungsgehalt der ursprünglich Theorie und Anwendung vereinigenden politischen Ökonomie entscheidend einengte: „... sie [die Wirtschaftslehre] geht vielen politischen Dingen aus dem Wege, welche der Mann der Praxis nicht ignorieren kann; daher ist sie mehr eine reine und angewandte Wissenschaft als eine Wissenschaft und eine Kunst. Sie ist richtiger als Soziale Wirtschaftslehre (Sozialökonomik) oder einfach als Wirtschaftslehre zu bezeichnen, weniger gut ist der Name Politische Ökonomie“ (1890, dt. Ausg. 1905, S. 97). Diese Unterscheidung hängt eng zusammen einerseits mit der Entwicklung der W. und andererseits mit der Methodendiskussion um die Jahrhundertwende. Als Folge dieser terminologischen Abgrenzung wird heute der Begriff „Politische Ökonomie“ mindestens in vier verschiedenen Bedeutungen verwendet (vgl. dazu Frey, 1970):

1. als Synonym zu den Begriffen „Wirtschaftstheorie“ und „Nationalökonomie“, wobei keine scharfe Abgrenzung gegenüber den wirtschaftspolitischen Anwendungen der W. getroffen wird (also im großen und ganzen im Sinn des klassischen Sprachgebrauchs);

2. im Sinn einer Gleichsetzung von politischer Ökonomie mit marxistischer politischer Ökonomie (als Folge der von der bürgerlichen Ökonomie weitgehend vollzogenen und von marxistischen Ökonomen nicht akzeptierten Hinwendung zum Begriff „Wirtschaftstheorie“);

3. im Sinn einer Betonung der institutionellen und politisch-gesellschaftlichen Bedingungen ökonomischen Handelns (z. B. Liefmann-Keil, 1964);

4. im Hinblick auf die Untersuchung der Interaktionen zwischen dem politischen und ökonomischen System in den bürgerlichen Sozialwissenschaften (auch als „ökonomische Theorie der Politik“ bezeichnet).

Die folgende Darstellung hält sich an die erste Begriffsverwendung; nicht nur um überhaupt die Möglichkeit eines Vergleichs zwischen bürgerlicher und marxistischer Ökonomie aufrechtzuerhalten, sondern auch deshalb, weil sich die skizzierten Begriffstreitigkeiten als wenig fruchtbar erwiesen haben.

Obwohl zwischen Ökonomen der verschiedensten Richtungen weitgehende Übereinstimmung über die in der W. zu behandelnden Fragestellungen besteht, gibt es keine allgemein akzeptierte Definition von „Wirtschaftstheorie“. Diese Tatsache legt es nahe, der pragmatisch-tautologischen Begriffsbestimmung zu folgen, die abwechselnd MARK BLAUG und JACOB VINER zugeschrieben wird: *Economics is what economists do*. Im Hinblick auf die Übereinstimmung in vielen praktischen Fragen erscheint eine einheitliche Defini-

tion zweitrangig; indes verbergen sich hinter den unterschiedlichen Definitionen weniger Differenzen über die Abgrenzung gegenüber anderen Wissenschaften oder gegenüber anderen Teilbereichen der Wirtschaftswissenschaft als vielmehr fundamentale Unterschiede in der Art, wie wirtschaftliche Zusammenhänge als theoretische Probleme gesehen werden. Das zeigt sich besonders bei einem Vergleich klassischer und marxistischer Begriffsbestimmungen mit solchen von Vertretern der neoklassischen Wirtschaftstheorie.

Die verschiedenen Definitionen der W. beziehen sich entweder auf Aufzählungen von Teilgebieten, auf generelle Begriffsbestimmungen durch Postulierung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten oder auf die Hervorhebung spezieller methodischer Aspekte (beispielsweise des Zweck-Mittel-Verhältnisses). Als Beispiele möglicher Definitionen seien hier einige bekannte Begriffsbestimmungen angeführt: ADAM SMITH spricht von der Untersuchung der Ursachen des Volkswohlstandes (*An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, 1776), während DAVID RICARDO die Untersuchung der Gesetze, welche die Verteilung regeln, in den Mittelpunkt seines Werkes „*On the Principles of Political Economy and Taxation*“ (1817) stellt. FRIEDRICH ENGELS definiert politische Ökonomie positiv als „die Wissenschaft von den Gesetzen, welche die Produktion und den Austausch des materiellen Lebensunterhalts in der menschlichen Gesellschaft beherrschen“ (MEW, Bd 20, S. 136), KARL MARX dagegen negativ — in Abgrenzung zu einem ahistorischen, technologischen Ökonomieverständnis — mit der Feststellung: „die Politische Ökonomie ist nicht Technologik“ (MEW, Bd 13, S. 617).

Eine entscheidende Einschränkung des Zuständigkeitsbereichs der W. ergibt sich, wenn man wirtschaftliche Tätigkeit ganz allgemein als eine Form „zweckrationalen Handelns“ (so MAX WEBER) auffaßt und damit die *instrumentelle* Seite des ökonomischen Handelns betont, wie das LIONEL ROBBINS tut (1932): W. befaßt sich demnach mit theoretischen Untersuchungen über das Disponieren mit knappen Mitteln zur Erreichung vorgegebener Ziele. Diese praxeologische Beschränkung und zugleich Verallgemeinerung der W. auf den Aspekt der Zweckrationalität (Lange, 1959 bis 1966, dt. Ausg. 1970, Bd 1, Kap. 5) bestimmt die meisten neueren Definitionen von „Wirtschaftstheorie“, so bei PAUL A. SAMUELSON (1948, dt. Ausg. 1969—70, Bd 1, S. 22):

„Die Volkswirtschaftslehre behandelt und prüft die Gesichtspunkte, nach denen sich der einzelne und die Gesellschaft im Zeitablauf *entscheiden*, die stets *knappen* und für alternative Zwecke *verwendbaren* Produktionsmittel — sei es mit oder ohne Verwendung von Geld — zur Güterproduktion heranzuziehen, und wie das Produktionsergebnis auf den heutigen und zukünftigen Konsum der einzelnen Individuen und der Gesellschaftsgruppen aufgeteilt wird.“

ERICH PREISER definiert „Nationalökonomie“ durch Angabe ihrer wichtigsten Teilbereiche: das Problem der Steuerung einer arbeitsteiligen Wirtschaft (durch Märkte, zentrale Wirtschaftspläne oder eine Kombination von beiden), die Frage der Verteilung des Volkseinkommens und die Frage nach den Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums (1959, S. 16—21). Eine damit kompatible,

dabei aber viel abstrakter gehaltene Definition gibt
OSKAR LANGE:

„Die politische Ökonomie oder die Sozialökonomie ist die Wissenschaft von den gesellschaftlichen Gesetzen, die die Produktion und Distribution der materiellen Güter zur Befriedigung der Bedürfnisse des Menschen regeln“ (1959-60, dt. Ausg. 1970, Bd 1, S.29)

Soweit durch Definitionen überhaupt eine einigermaßen sinnvolle Bestimmung des Inhalts der W. bzw. der politischen Ökonomie möglich ist, scheinen die beiden letztgenannten Begriffsbestimmungen am brauchbarsten zu sein; sie liegen deshalb den folgenden Ausführungen zugrunde.

II. Gliederungskriterien

Eine Einteilung der W. ist unter verschiedenen Kriterien möglich und üblich. Die wichtigsten Gliederungskriterien werden im folgenden enumerativ dargestellt; eine adäquate Diskussion der Voraussetzungen und Konsequenzen bestimmter Gliederungen setzt — ähnlich wie die Begriffsbestimmung — eine Klärung wissenschaftstheoretischer und wissenssoziologischer Fragen voraus.

Kaum kontrovers ist die *Einteilung in einzelne Teilgebiete des Wirtschaftslebens*, wie z. B. Betriebswirtschaftslehre (Betriebsökonomie), Agrarwissenschaft (Agrarökonomik), Ökonomie des Kreditwesens u. a. m. Ein marxistisches Wissenschaftsverständnis dagegen liegt der *Einteilung der politischen Ökonomie nach den jeweils untersuchten Gesellschaftsformationen und Produktionsweisen* zugrunde; dementsprechend ist eine politische Ökonomie des Kapitalismus von der politischen Ökonomie des Sozialismus mit jeweils eigenen Kategorien und Gesetzmäßigkeiten zu unterscheiden. Als wichtiges methodisches Problem ergibt sich dabei die Behandlung übergreifender, d. h. systemindifferenter Probleme und Gesetzmäßigkeiten, wie z. B. die effiziente Allokation der Ressourcen oder die optimale Bedürfnisbefriedigung der Gesellschaft. Wenn auch die jeweils konkrete Form der Lösung derartiger Probleme von den zugrunde liegenden Produktionsverhältnissen und dem Stand der Produktivkräfte abhängt, so lassen sich doch auf der wissenschaftslogischen Ebene bedeutende Gemeinsamkeiten feststellen. Das Verhältnis von Allgemeinem (Ökonomie) zu Besonderem (Kapitalismus, Sozialismus) ist aber noch nicht hinreichend reflektiert worden (vgl. dazu Lange, 1961).

Akzeptiert man die Möglichkeit objektiver und allgemeingültiger Erkenntnis, so ergeben sich weitere Gliederungskriterien: nach naturwissenschaftlichem Vorbild wird zwischen *reiner* und *angewandter* W. unterschieden. Während die Vorstellung der reinen W. sich in der Regel auf das Denken in Modellen bezieht, sind die Formen der Anwendung sehr unterschiedlich und miteinander kaum vergleichbar. Bedeutet Anwendung z. B. die empirische Überprüfung theoretischer Ableitungen mit Hilfe statistischer und ökonometrischer Methoden, so unterscheidet sie sich grundsätzlich von wirtschaftspolitischen Formen der Anwendung. Je nach ihren praktischen Auswirkungen steht die prognostische Anwendung der W. zwischen den beiden zuvor genannten Anwendungsformen. Während die ökonometrische Überprüfung des möglichen Realitätsgehaltes

einer W. in der Regel nicht unmittelbar auf die ökonomische Realität zurückwirkt, ist die Anwendung der W. für praktische Maßnahmen des Staates gerade auf eine Veränderung der ökonomischen Realität ausgerichtet (↗ Wirtschaftspolitik).

Problematisch sind eine Klassifizierung ökonomischer Aussagen in *positive* und *normative* Aussagen und die daraus abgeleitete Einteilung in *positive* und *normative* Wirtschaftstheorie. Diese Unterscheidung basiert auf dem von WEBER aufgestellten und in modifizierter Form auch noch heute von Vertretern der neopositivistischen Denkrichtung aufrechterhaltenen Postulat der *Werturteilsfreiheit*, d. h. auf der Behauptung, es sei möglich und nötig, die wissenschaftliche Analyse der objektiven Realität von deren subjektiver Wertung zu trennen. Eine ähnliche Vorstellung steht hinter der Einteilung in *deskriptive* und *präskriptive* Wirtschaftstheorie.

Schließlich werden die verwendeten *Methoden* zu einer Abgrenzung der W. herangezogen. Überholt sind heute wohl Begriffsbestimmungen wie „verstehende Nationalökonomie“ (von Werner Sombart geprägt), die auf die subjektive Einfühlung des Wirtschaftswissenschaftlers in die betrachtete Fragestellung oder Epoche hinauslaufen. Allgemein ist heute dagegen anerkannt, daß mathematische Methoden für Analysen, Prognosen und wirtschaftspolitische Anwendungen der W. brauchbar und erforderlich sind. Dementsprechend bedeutet die Kennzeichnung „mathematische Wirtschaftstheorie“ oder „mathematische Ökonomie“ heute nur noch, daß der Gebrauch mathematischer Methoden und Modelle besonders umfangreich und meist auch besonders anspruchsvoll ist.

III. Die Stellung der Wirtschaftstheorie innerhalb der Wissenschaften

Der fundamentale Gegensatz zwischen bürgerlicher und marxistischer W. wird am deutlichsten in der Bestimmung ihrer Stellung im Gesamtsystem der Wissenschaft.

Die *marxistische* politische Ökonomie nimmt im dialektisch-materialistischen Wissenschaftsverständnis eine zentrale Position ein. Indem sie Entstehung, Funktionsweise und Überwindung verschiedener Produktionsweisen analysiert, liefert sie den Schlüssel für das Verständnis der Wissenschaft und Gesellschaft insgesamt. Diese Bewertung zeigt sich sehr deutlich in der Auseinandersetzung zwischen EUGEN DÜHRING und FRIEDRICH ENGELS (Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, 1876—78), in der Engels in Abgrenzung zu Dühring feststellt, daß „die... ökonomische Struktur der Gesellschaft“, wenn auch nur „in letzter Instanz“, alle übrigen gesellschaftlichen Bereiche bestimmt (MEW, Bd 20, S. 25). Dabei wird weder von Marx noch von Engels die Interdependenz und Interaktion der verschiedensten Faktoren geleugnet; jedoch erscheint die Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse als die mächtigste Triebkraft für die gesamte Entwicklung, da „der ganze große Verlauf... in der Form der Wechselwirkung — wenn auch sehr ungleicher Kräfte, wovon die ökonomische Bewegung weitaus die stärkste, ursprünglichste, entscheidendste — vor sich geht...“ (MEW, Bd 37, S. 494).

Nach tradiertem, *nichtmarxistischem* Wissenschaftsverständnis bildet die W. eine Einzelwissenschaft im Rahmen der sich weitgehend im 19. Jahrh. herausbildenden Sozialwissenschaften. Diese Einordnung ist jedoch nur formal und impliziert zwei wichtige und bisher ungelöste Problemkreise:

1. Das Verhältnis von Sozialwissenschaften zu Naturwissenschaften oder, formuliert in der Terminologie von WILHELM DILTHEY, von Erfahrungs- zu Gesetzeswissenschaften; 2. die Beziehungen der sozialwissenschaftlichen Fachdisziplinen untereinander, also insbesondere das Verhältnis von Ökonomie zu Gesellschaft (↗Soziologie) und Staat (↗Politikwissenschaft). Häufig wird der W. eine Mittelstellung zwischen Erfahrungs- und Gesetzeswissenschaft zugeschrieben (vgl. Theorie, 1964; Logik, 1965; Habermas, 1968), da sie einerseits abstrakte Gesetzmäßigkeiten zu formulieren versucht, deren Gültigkeit aber andererseits wesentlich von den konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen abhängt. Diese dualistische Struktur ökonomischer Gesetzmäßigkeiten bildet den Hauptinhalt der methodischen Diskussionen in der W. seit den *Physiokraten* (Quesnay, 1758). Die verschiedenen Aspekte dieser methodischen Grundfragen sollen an Hand der historischen Entwicklung veranschaulicht werden.

B. Historischer Abriss

I. Vorklassische und klassische Ökonomie

Das Entstehen einer eigenständigen, von Philosophie und Theologie abgegrenzten ökonomischen Wissenschaft ist zeitlich und thematisch mit der Überwindung des Feudalsystems (↗Feudalismus) und der Heraufkunft des ↗Kapitalismus verbunden. Der begrenzte einzelwirtschaftliche Aspekt von *Kameralismus* und *Merkantilismus*, die — unter Vernachlässigung gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge — vorwiegend auf die fiskalischen Interessen der absolutistisch regierenden Territorialherren ausgerichtet waren, wird bereits im Lauf des 18. Jahrh. ergänzt und modifiziert durch den für die W. fundamentalen Gedanken der ökonomischen Interdependenz (E. L. Carl, 1722—23; Quesnay, 1758).

Die eigentliche Blütezeit der *klassischen bürgerlichen Ökonomie* beginnt mit dem Werk „An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations“ (1776) des schottischen Ökonomen und Moralphilosophen ADAM SMITH. Die wichtigsten Prinzipien der kapitalistischen Wirtschaftsordnung — Privateigentum, Vertrags- und Gewerbefreiheit, individuelles Eigeninteresse und die Verbindung von Arbeitsteilung mit Gütertausch auf freien Märkten — werden hier teils abstrakt-theoretisch, teils moralphilosophisch und schließlich auch aus unmittelbaren Zweckmäßigkeitsüberlegungen begründet. In Übereinstimmung mit der historisch progressiven Funktion des Bürgertums gegenüber dem Feudal- und Merkantilismus faßt Smith das funktionierende kapitalistische Wettbewerbssystem als eine tatsächlich erreichbare natürliche Ordnung auf (während der physiokratisch konzipierte *ordre naturel* ein letztlich unerreichbares theoretisches Leitbild darstellte), ohne indes die mögliche historische Bedingtheit des Kapitalismus als methodisches Problem in seine Theorie miteinzubeziehen. Gleichwohl sieht bereits Smith negative Begleit- und Folgeerscheinungen der von ihm als natürlich begriffenen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, wenn er im Hinblick auf die mangelnde Quali-

fizierung von Arbeitskräften im kapitalistischen Fabrikssystem bemerkt: „Ein Mensch, der sein ganzes Leben damit hinbringt, ein Paar einfache Operationen zu vollziehen, . . . wird am Ende so unwissend und dumm, als es nur immer ein menschliches Wesen werden kann“ (1776, dt. Ausg. 1908—23, Bd 3, S. 123).

Smith bleibt in technischer Hinsicht hinter der Quesnayschen Fassung des Kreislaufgedankens zurück und berücksichtigt in seiner Reproduktionstheorie (↗Kreislauf) weder das konstante ↗Kapital noch die Aufspaltung des neugeschaffenen Wertes in variables Kapital und ↗Mehrwert; dennoch gibt er dem weitgehend formalen Gedanken der Kreislaufinterdependenz eine inhaltliche Begründung: Das Zusammenwirken und die Abstimmung der individuell und unabhängig voneinander getroffenen Einzelentscheidungen auf den verschiedenen Märkten führt unter bestimmten Bedingungen — gleichsam durch das Wirken einer *invisible hand* — zu einer stabilen und gleichgewichtigen *natürlichen Ordnung*. Die ungenaue, oft gänzlich fehlende Abgrenzung von theoretischer, praktischer und normativer Begründung und auch innere Mängel der Smithschen Theorie führten dabei zu zahlreichen Widersprüchen. „Die Widersprüche A. Smiths haben das Bedeutende, daß sie Probleme enthalten, die er zwar nicht löst, aber dadurch ausspricht, daß er sich widerspricht“, konstatiert daher Marx (MEW, Bd 26,1, S. 121).

Die Epoche der klassischen Ökonomie endet nach Marx mit DAVID RICARDO, der in seinem Hauptwerk „On the Principles of Political Economy and Taxation“ (1817) die Untersuchung der Gesetze, welche die Verteilung regeln, in den Mittelpunkt der Analyse stellt. Im Gegensatz zu Smith betont Ricardo die strenge Modellanalyse, will aber gleichwohl die aus den Modellen abgeleiteten Schlußfolgerungen für die praktische Wirtschaftspolitik nutzbar machen. Die von Smith nur inkonsequent vertretene Arbeitswertlehre wird von Ricardo weiter ausgebaut; aber der später für Marx fundamentale Unterschied zwischen den — durch die spezifischen Arbeitsquanta bestimmten — Werten und den — durch die Tendenz zum Ausgleich der Profitraten bestimmten — ↗Preisen wird auch bei Ricardo verwischt.

Schon zu Lebzeiten Ricardos, vor allem aber nach seinem Tod, spaltet sich die bis dahin — trotz vieler Gegensätze im einzelnen — einheitliche W. in drei verschiedene Richtungen:

1. Am bekanntesten ist wohl die von THOMAS R. MALTHUS, JOHN BAPTISTE SAY und JOHN STUART MILL vertretene Richtung. Marx bezeichnete sie als *Vulgärökonomie* und charakterisierte sie zwar einseitig, aber wohl in der Tendenz richtig mit den Worten:

„Um es ein für allemal zu bemerken, verstehe ich unter klassischer politischer Ökonomie alle Ökonomie seit W. Petty, die den innern Zusammenhang der bürgerlichen Produktionsverhältnisse erforscht im Gegensatz zur *Vulgärökonomie*, die sich nur innerhalb des scheinbaren Zusammenhangs herumtreibt, für eine plausible Verständlichmachung der sozusagen gröbsten Phänomene und den bürgerlichen Hausbedarf das von der wissenschaftlichen Ökonomie längst gelieferte Material stets von neuem wiederkauf, im übrigen aber sich darauf beschränkt, die banalen und selbstgefälligen Vorstellungen der bürgerlichen Produktionsagenten von ihrer eignen besten Welt zu systematisieren, pedantisieren und als ewige Wahrheiten zu proklamieren“ (MEW, Bd 23, S. 95, Anm.). Gleichwohl haben nicht nur die Vertreter der klassischen Ökonomie (insbesondere Smith und Ricardo), sondern auch die Repräsentanten dieser „*Vulgärökonomie*“ (insbesondere Say und Mill) das Marxsche ökonomische Denken stark beeinflusst.

2. Eine andere Richtung vertreten die sog. *Links-ricardianer* (WILLIAM THOMPSON, THOMAS HODG-

SKIN, PIERCY RAVENSTONE u. a.), die aus der Ricardianischen Arbeitswertlehre egalitäre Konsequenzen und praktische politische Forderungen, wie das Recht auf den vollen Arbeitstag, ableiten.

3. Während die Vertreter der beiden erstgenannten Richtungen jeweils bestimmte Seiten der klassischen Ökonomie betonen, bildet sich vor allem in Deutschland als scharfe Gegenreaktion gegen das Ricardianische Modelldenken mit seinen möglicherweise politisch unbequemen Konsequenzen die atheoretische sog. *ältere historische Schule* heraus (mit WILHELM ROSCHER als führendem Vertreter). Ähnlich wie später die sog. *jüngere historische Schule* (mit GUSTAV SCHMOLLER an der Spitze) ersetzt sie die theoretische Erfassung der ökonomischen Zusammenhänge durch eine historische Beschreibung von Erscheinungsformen.

Neben diesen drei Hauptrichtungen entwickeln sich die gleichfalls auf Ricardo zurückgehenden Ansätze mathematischer Abstraktion nur vereinzelt weiter, meist jedoch in mehr spekulativer Form (Ansätze zur subjektiven Wertlehre bei William Nassau Senior, Juvénal Dupuit und Hermann Heinrich Gossen). Eine bedeutende Ausnahme bildet hier das theoretische Werk des deutschen Ökonomen Johann Heinrich Thünen, der in seinem Hauptwerk „Der isolierte Staat . . .“ (1826) die Methode der Abstraktion und der mathematischen Infinitesimalrechnung mit erstaunlichem Geschick auf die Beziehungen zwischen agrarischer Produktion und den städtischen Absatzzentren anwendet.

II. Marx' Kritik der politischen Ökonomie

Als wichtigste Prinzipien der Marxschen Ökonomie kann man folgende Gedanken herausstellen:

1. Nach Marx bleibt die bürgerliche Ökonomie selbst in ihren besten Vertretern in einem fundamentalen methodologischen Irrtum befangen: sie tendiert dazu, die spezifischen Gesetzmäßigkeiten einer bestimmten Gesellschaftsformation (des Kapitalismus) für allgemeingültige Naturgesetze zu halten.

„Die Ökonomen stellen die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, Arbeitsteilung, Kredit, Geld etc. als fix, unveränderlich, ewige Kategorien hin . . . Die Ökonomen erklären uns, wie man unter den gegebenen Verhältnissen produziert; was sie aber nicht erklären, ist, wie diese Verhältnisse selbst produziert werden, d. h. die historische Bewegung, die sie ins Leben ruft“ (Das Elend der Philosophie, 1846–47; MEW, Bd 4, S. 126).

2. Auf der methodischen Ebene zeigt sich dieser Fehler nach Marx in falschen Abstraktionen, Begriffsbildungen und Kategorisierungen. Marx erläutert dies in seiner „Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie“ (1857) am Beispiel der Produktion als eines einerseits überzeitlich technischen und andererseits spezifisch gesellschaftsbestimmten Prozesses. Die Verwechslung oder Vermengung der technischen Seite der Produktion mit ihren sie jeweils definierenden gesellschaftlichen Bedingungen ist für Marx der Kardinalfehler der bürgerlichen Ökonomie:

„Die Produktion des vereinzelt Einzelnen außerhalb der Gesellschaft . . . ist ein ebensolches Unding als Sprachentwicklung ohne zusammen lebende und zusammen sprechende Individuen . . . Wenn also von Produktion die Rede ist, ist immer die Rede von Produktion auf einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsstufe — von der Produktion gesellschaftlicher Individuen . . . Die Produktion im Allgemeinen ist eine Abstraktion, aber eine verständige Abstraktion, sofern sie wirklich das Gemeinsame hervorhebt, fixiert und daher die Wiederholung erspart“ (MEW, Bd 13, S. 616f.).

Entscheidend für Marx' methodische Kritik ist die Unmöglichkeit einer „rationalen Abstraktion“, die von den spezifisch gesellschaftlichen Bedingungen — und damit in Marx' Auffassung von den wesentlichen Kennzeichen menschlicher Arbeitstätigkeit — absieht. Er verdeutlicht dies durch den Vergleich mit der Sprache:

„Indes dies Allgemeine, oder das durch die Vergleichung herausgesonderte Gemeinsame, ist selbst ein vielfach Gegliedertes, in verschiedene Bestimmungen Auseinanderfahrendes. Einiges davon gehört allen Epochen; andres [ist] einigen gemeinsam. [Einige] Bestimmungen werden der modernsten Epoche mit der ältesten gemeinsam sein. Es wird sich keine Produktion ohne sie denken lassen; allein, wenn die entwickeltsten Sprachen Gesetze und Bestimmungen mit den unentwickeltesten gemein haben, so ist grade das, was ihre Entwicklung ausmacht, der Unterschied von diesem Allgemeinen und Gemeinsamen. Die Bestimmungen, die für die Produktion überhaupt gelten, müssen grade gesondert werden, damit über die Einheit — die schon daraus hervorgeht, daß das Subjekt, die Menschheit, und das Objekt, die Natur, dieselben [sind] — die wesentliche Verschiedenheit nicht vergessen wird. In diesem Vergessen liegt z. B. die ganze Weisheit der modernen Ökonomen, die die Ewigkeit und Harmonie der bestehenden sozialen Verhältnisse nachweisen“ (ebd. S. 617).

Die begrifflichen Konsequenzen dieser Vermengung von Technik (Stand der Produktivkräfte) und Gesellschaft (Produktionsverhältnisse) sind naheliegend; Marx illustriert sie an der Gleichsetzung von sachlichen Produktionsinstrumenten mit der gesellschaftlichen Kategorie des Kapitals:

„Zum Beispiel [ist] keine Produktion möglich, ohne ein Produktionsinstrument, wäre dies Instrument auch nur die Hand. Keine [Produktion wäre] möglich ohne vergangene, aufgehäufte Arbeit, wäre diese Arbeit auch nur die Fertigkeit, die in der Hand des Wilden durch wiederholte Übung angesammelt und konzentriert ist. Das Kapital ist unter andrem auch Produktionsinstrument, auch vergangene, objektivierte Arbeit. Also ist das Kapital ein allgemeines, ewiges Naturverhältnis; d. h. wenn ich grade das Spezifische weglasse, was ‚Produktionsinstrument‘, ‚aufgehäufte Arbeit‘ erst zum Kapital macht . . . Wenn es keine Produktion im Allgemeinen gibt, so gibt es auch keine allgemeine Produktion . . . Allein die politische Ökonomie ist nicht Technologie“ (ebd.).

3. Die methodische Grundlage der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie ist daher die genaue Unterscheidung zwischen historischen (d. h. gesellschaftsspezifischen) und überhistorischen (allgemeingültigen) Kategorien und deren weitere Spezifizierung nach qualitativen und quantitativen Aspekten. Von der Güterproduktion im allgemeinen ist folglich die Produktion von Waren für den Austausch auf Märkten zu unterscheiden; innerhalb der Warenproduktion bildet wiederum die auf dem konzentrierten Privateigentum an Produktionsmitteln beruhende kapitalistische Warenproduktion eine besondere, von Marx analysierte Produktionsweise. Das personelle Verhältnis zwischen dem (von rechtlichen Beschränkungen, aber auch von Privateigentum) „freien Lohnarbeiter“ und dem produktionsmittelbesitzenden Kapitalisten erscheint deshalb als ein sachliches Verhältnis von (im Gleichgewicht äquivalenten) Produkten auf den Märkten. Diesen *Warenfetischismus* versucht Marx zu durchbrechen:

Die Unterscheidung zwischen dem Gebrauchswert eines Gutes (d. h. seiner Fähigkeit, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen) und dem durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmten (Tausch-)Wert einer Ware ermöglicht es Marx, unter dem Schleier des Äquivalenten-tauschs (des Austauschs gleicher Werte) Herrschaft und Ausbeutung festzustellen, da der Kapitalist die Ge-

brauchswertigkeit der Arbeit im Produktionsprozeß verwertet, während der Arbeiter (im Idealfall) lediglich den Tauschwert seiner Ware Arbeitskraft erhält. Deshalb teilt sich die Gesamtarbeitszeit in die für die Reproduktion der Arbeitskraft *notwendige Arbeitszeit* und die vom Kapitalisten appropriierte *Mehrarbeitszeit* auf. Hinsichtlich der Kategorie des (Tausch-)Werts ist dabei der quantitative Aspekt (Wertgröße) vom qualitativen zu trennen. Der Wert als qualitative Kategorie dient zur Kennzeichnung warenproduzierender Gesellschaften, seine Aufteilung in konstantes Kapital, variables Kapital und Mehrwert setzt eine bestimmte soziale Gliederung der Gesellschaft (in Kapitalisten und Lohnarbeiter) voraus. Der quantitative Aspekt des (Tausch-)Werts, die Wertgröße, kennzeichnet den jeweils erreichten Stand der Produktivkräfte (gemessen an der jeweils gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit), und die quantitative Aufteilung des *value added* auf variables Kapital und Mehrwert charakterisiert den jeweiligen Stand der Klassenauseinandersetzung (Verteilungskampf).

4. Die methodische und inhaltliche Trennung zwischen historischen und überhistorischen Kategorien und Gesetzmäßigkeiten, die Marx an Hand der Begriffspaare Produktivkräfte—Produktionsverhältnisse, Güterproduktion—Warenproduktion, Gebrauchswert—Tauschwert in einer Verbindung von historischer und analytischer Untersuchung entwickelt, bildet den Ausgangspunkt der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie in den drei Bänden des „Kapital“. Sie impliziert zugleich das Durchdringen der Oberflächenphänomene, des „Warenschleiers“ und die Analyse der fundamentalen Bewegungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft; die zugrunde liegenden Funktionsprinzipien des Kapitalismus können nach Marx nur im Rahmen einer generellen Theorie des Entstehens und Vergehens historischer Produktionsweisen begriffen werden. Deshalb ist die Marxsche Ökonomie nur im Rahmen des historischen Materialismus verständlich. Ökonomische Analyse bedeutet also für Marx nicht nur die Aufdeckung der Herrschaftsstrukturen einer Gesellschaft, sondern auch das Sichtbarmachen ihrer Entstehung und Überwindung. Dabei sind die sozialökonomischen Grundlagen der verschiedenen Formen von Herrschaft einerseits in Verbindung mit der Entwicklung der Produktivkräfte, andererseits in Hinsicht auf die Formen ihrer Vermittlung (z. B. durch Warenbeziehungen oder direkte Formen der Herrschaftsausübung) zu sehen und zu untersuchen. Dieser Umstand hat nicht nur für die Marxsche Methodik, sondern ebenso für seine Begriffsbildung entscheidende Konsequenzen: die angewandten Kategorien müssen nicht nur analytischer Gliederung dienen, sondern, mindestens der Möglichkeit nach, auch der Beschreibung historischer Entwicklungen. Der Begriff „einfache Warenproduktion“ bezeichnet beispielsweise das analytische Modell einer Warenwirtschaft, in der alle Produzenten im Besitz ihrer Produktionsmittel sind und ebenso auch den historischen Zustand selbständiger handwerklicher und landwirtschaftlicher Produktion vor der Durchsetzung des Merkantilismus und insbesondere des kapitalistischen Fabriksystems.

5. Diese Betrachtungsweise bedeutet einen radikalen Bruch auch mit der klassischen bürgerlichen Ökonomie, da diese nur „den innern Zusammenhang der bürgerlichen Produktionsverhältnisse erforscht“ (MEW, Bd 23, S. 95, Anm. 32) hat, die Produktionsverhältnisse selbst jedoch als Datum ihrer Untersuchungen betrachtete. Diese Betrach-

tungsweise muß nach Marx letztlich oberflächlich bleiben, weil das Spezifische der kapitalistischen Produktionsweise dabei vernachlässigt wird. Die bürgerliche Ökonomie knüpft an „die Gewohnheit des täglichen Lebens“ an (MEW, Bd 13, S. 22) und kann durch ihre ahistorische Betrachtungsweise keine wesentlichen Abstraktionen mehr für die Untersuchung des Kapitalismus gewinnen, sie kann nicht sein eigentliches Wesen erfassen. Somit bleibt sie letztlich unwissenschaftlich, da sie die Erscheinungsformen des Kapitalismus — wie Profit, Zins, Grundrente — für sein Wesen nimmt. Indes wäre „alle Wissenschaft... überflüssig, wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen...“ (MEW, Bd 25, S. 825).

Die Marxschen Elementarkategorien *Ware* und *Wert* und die von ihm abgeleiteten Begriffe, wie Warenfetischismus und Mehrwert, dienen der Erfassung der kapitalistischen Funktionsprinzipien auf abstrakter Stufe. Die Entmystifizierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse mit Hilfe dieser Kategorien bildet das Leitmotiv der systematischen Entwicklung der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie auf abnehmender Abstraktionsstufe in den drei Bänden des „Kapital“. Ausgehend von der *Produktion* von Wert und Mehrwert im ersten Band über ihre *Realisierung* durch den Verkauf im zweiten Band, zeigt Marx schließlich im dritten Band die *Verteilung* und den damit verbundenen Formwandel von Werten in Preise, von Mehrwert in Profit und schließlich die Verteilung des Profits auf die verschiedenen Schichten der Produktionsmittelbesitzer. Erst auf dieser sehr konkreten Ebene gelangt Marx zu den ökonomischen Kategorien, welche die bürgerliche Ökonomie voraussetzt (vgl. Dobias, 1970). Es ist deshalb falsch, die Marxsche Definition der Wertgröße mit einer Erklärung der Preisrelationen im entwickelten Konkurrenzkapitalismus gleichzusetzen (ein auch von überzeugten Marxisten begangener Fehler), und ebenso unrichtig ist es, einen fundamentalen Widerspruch zwischen der Wertlehre des ersten Bandes und der Preistheorie des dritten Bandes des „Kapital“ zu konstatieren, wie dies Böhm-Bawerk (1896) und Blaug (1962) tun. Vielmehr wendet Marx hier sein Verfahren an, „das Konkrete... als ein geistig Konkretes zu reproduzieren“ (MEW, Bd 13, S. 632), d. h. von den abstrakten Kategorien Wert und Mehrwert zu den konkreten Phänomenen Preis und Profit zu gelangen. Dadurch, daß Marx im dritten Band des „Kapital“ die Wertgrößen in Preise transformiert und damit die „Beherrschung der Preise und der Preisbewegung durch das Wertgesetz“ (MEW, Bd 25, S. 186) nachweist, rechtfertigt er auch nachträglich die analytisch notwendige Abstraktion von den Preisen in den beiden ersten Bänden des „Kapital“, die Entstehung und Realisierung des Mehrwerts, aber noch nicht seine Verteilung zum Thema haben.

6. Gegenüber dem hier in den Vordergrund gerückten methodischen Aspekt der Marxschen Ökonomie sind die jeweils konkret postulierten Bewegungsgesetze und Tendenzen, wie das *Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate*, das *Gesetz vom zunehmenden Verelendung der Arbeiterklasse*, die in der Literatur behauptete *Gesetzmäßigkeit der Verschärfung ökonomischer Krisen*, das *Problem der unzureichenden Gesamtnachfrage* u. a. m. als Erscheinungsformen der zugrundeliegenden gesellschaftlichen Widersprüche zu betrachten. Diese Gesetzmäßigkeiten sind für Marx der Ausdruck einer strukturellen Wandlung, die im Schoß der kapitalistischen Produktionsweise heranreift und die in der gewaltsamen Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse ihre höchste Ausformung findet. Für diese Gesetzmäßigkeiten suchte Marx einen theoretisch begründeten rechnerischen Nachweis zu führen. Dies schien ihm der wissenschaftlich zwingende Beleg für die Richtigkeit seiner — qualitativ dargelegten — Geschichtstheorie zu sein. Bis zur Formalisierung ist

seine Bemühung beim tendenziellen Fall der Profitrate gediehen (Das Kapital, Band 3, Kap. 13 bis 15). Alle späteren Versuche einer rechnerischen Ausfüllung blieben aber unbefriedigend (vgl. Gillmann, 1957). Damit hat sich die prognostische Kraft seiner ökonomischen Analyse nur partiell und weit mehr hinsichtlich ihrer qualitativen als hinsichtlich ihrer quantitativen Aspekte bewährt. Das Ausbleiben bestimmter prognostizierter Entwicklungen reicht aber zur Widerlegung der Marx'schen Theorie *sensu stricto* nicht aus; es zeigt vielmehr die aus dem hohen Abstraktionsgrad von Marx resultierenden Schwierigkeiten bei der Ableitung empirischer Realaussagen.

III. Neoklassische und Keynesianische Wirtschaftstheorie

Die Entwicklung der bürgerlichen W. nach Marx ist nicht unmittelbar durch die Auseinandersetzung mit dessen Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ bestimmt, wenn auch die Hinwendung zur subjektiven Wertlehre der Wiener, Cambridge- und Lausanner Schule mindestens teilweise als Immunisierung der W. gegenüber der Marx'schen „objektiven“ Wertlehre verstanden werden kann. Während die verschiedenen Grenznutzenschulen in den Methoden (Modelldenken, mathematische Verfahrensweisen) weitgehend an die klassische Ökonomie anknüpften, sind ihre Fragestellungen stark von dem bestimmt, was Marx „Vulgäroökonomie“ nennt: an Stelle der Produktionsbeziehungen „begannen die Fragen des subjektiven Verhältnisses der Kaufenden und Verkaufenden gegenüber den erworbenen oder verkauften Gütern an die erste Stelle zu treten“ (Lange, 1959—66, dt. Ausg. 1970, Bd I, S. 274).

Während bei CARL MENGER (1871) und WILLIAM STANLEY JEVONS (1874) das Verhältnis zwischen Ware und Konsument psychologischer gedeutet wird als Quelle von Bedürfnisbefriedigung (und analog die Verausgabung von Arbeitskraft als Quelle von Unlust oder Arbeitsleid), dient die Nutzentheorie bei LÉON WALRAS (1874—77, t. 2) und der von ihm begründeten Lausanner Schule des mikroökonomischen Totalgleichgewichts als theoretische Erklärung des Nachfrageverhaltens in seinem statischen Modell des allgemeinen Gleichgewichts; in analoger Funktion erscheint sie in der partialanalytisch orientierten Cambridge- und Marshall'schen Schule (1890).

Mit der zunehmenden Formalisierung der neoklassischen W., vor allem im angelsächsischen Bereich während einer bis etwa 1930 dauernden Periode relativ rascher Entwicklung der kapitalistischen Länder, geriet die klassische und insbesondere die Marx'sche Ökonomie immer mehr in Vergessenheit oder sogar Verruf. Liberalistische und vulgäroökonomische Auffassungen, wie z. B. SAYS *Gesetz der Absatzwege*, die Vorstellung von ökonomischen Krisen als notwendigem Reinigungsmoment und die Übertragung des ökonomischen Unternehmerkalküls auf die Haushalte durch VILFREDO PARETO'S *Wahlhandlungstheorie* (1896—99), beherrschten die W. dieser Periode. Wie JOAN ROBINSON in ihrer Schrift „An Essay on Marxian Economics“ (1942) anschaulich schrieb, war es eine Periode vollkommener Stillschweigens über die Marx'sche Ökonomie. Ähnlich wie Smith

glaubten führende Vertreter der W. jener Periode an eine mehr oder minder automatische Selbststeuerung der Gesamtwirtschaft auf allen Märkten, wobei die Rolle des Staates sich auf kleinere Korrekturen, insbesondere den Schutz des Wettbewerbs gegenüber der sich immer deutlicher abzeichnenden Konzentration und Monopolisierung, beschränken sollte.

Diese Situation änderte sich grundlegend durch die ökonomischen, politischen und ideologischen Veränderungen im Gefolge der Weltwirtschaftskrise 1929—33. Die von Marx als Erscheinungsform der zugrunde liegenden gesellschaftlichen Widersprüche untersuchten Fragen des gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichts wurden wieder in den Untersuchungsbereich der W. einbezogen. Die unverkennbare Ähnlichkeit der Konjunktur- und Beschäftigungstheorie von JOHN MAYNARD KEYNES, MICHAŁ KALECKI, ROBINSON u. a. mit der Marx'schen Analyse, vor allem in Band II und III des „Kapital“, führten zu einer erneuten Auseinandersetzung mit der Marx'schen Ökonomie, die allerdings meist auf Phänomene, insbesondere das Verhalten der makroökonomischen Aggregate (↗ Konsum, ↗ Investitionen, ↗ Produktion, ↗ Sozialprodukt usw.), beschränkt blieb. Mit der *Dynamisierung* der Keynes'schen Theorie durch ROY FORBES HARROD (1939, 1948) und EVSEY D. DOMAR (1946, 1957) wurde bald darauf auch die von Marx behandelte Frage der Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter wieder in den Untersuchungsbereich der W. aufgenommen (↗ Kreislauf B, VI; ↗ Wirtschaftliches Wachstum).

Gegenüber der theoretischen und wirtschaftspolitischen Dominanz Keynes'scher und postkeynesianischer Ideen bildeten sich Gegenströmungen. Im angelsächsischen Sprachraum entstand so der *neoclassical approach*, die sog. „neo-neoklassische Schule“, mit Zentrum am *Massachusetts Institute of Technology* in Cambridge. Ihre führenden Repräsentanten sind PAUL A. SAMUELSON und ROBERT SOLOW. Gegenüber der einseitig keynesianischen Betrachtungsweise und in Anknüpfung an die alte Neoklassik wird hier wieder die Flexibilität der kapitalistischen Verkehrswirtschaft — durch Preisanpassungs- und Substitutionsprozesse im mikroökonomischen Bereich als wichtigem Steuerungselement — betont. Die von dieser Schule zunächst postulierte Existenz einer makroökonomischen Produktionsfunktion mit Kapital, Arbeit, Boden und ↗ technischem Fortschritt als voneinander unabhängigen Produktionsfaktoren mußte jedoch inzwischen wegen logischer und praktischer Widersprüche (*reswitching*-Phänomene, Unmöglichkeit der Aggregation der mikroökonomischen Größen u. a. m.) wieder aufgegeben werden (vgl. Bhaduri, 1969). Dagegen gewinnen Modelle des mikroökonomischen Gleichgewichts (Debreu, 1959; Arrow, Hahn, 1971) zunehmend an Bedeutung. Die von Marx behauptete „Mystifikation der kapitalistischen Produktionsweise“ (MEW, Bd 25, S. 838) durch die verschiedenen Arten makroökonomischer Produktionsfaktorentheorien hat sich in der modernen kapitaltheoretischen Diskussion eindrucksvoll an logischen Widersprüchen dieser Theorien bestätigt (Harcourt, 1969; Bhaduri, 1969); zugleich gewinnt aber auch der klassische und Walrasianische Gedanke der Interdependenz der mikroökonomischen Prozesse in

der modernen Gleichgewichts- und Kapitaltheorie (Weizsäcker, 1971) erneut an Bedeutung. Allerdings sind der bis heute noch weitgehend statische bzw. pseudodynamische (*steady state*) Charakter dieser Theorien und ihre mangelnde Realitätsnähe ein wesentliches Hindernis für die fruchtbare Weiterentwicklung der Neoklassik. Der von Marx stets betonte, wenn auch nicht hinreichend präzisierte dynamische Charakter der kapitalistischen Produktionsweise und die fundamentalen Bewegungsgesetze werden bis heute in der W. nicht adäquat erfaßt (vgl. Grossmann, 1969).

IV. Weiterentwicklung der politischen Ökonomie von Karl Marx

1. *Kritik der bürgerlichen Ökonomie.* — Die Weiterentwicklung der politischen Ökonomie und ihrer Kritik seit Marx ist durch eine Aufspaltung des Marx'schen Gesamtwerks in einzelne Fragestellungen (Krisen-, Imperialismus-, Konzentrationstheorie und andere Theorien) und durch die Vernachlässigung der methodischen Aspekte und des *Systemcharakters* der Marx'schen Ökonomie gekennzeichnet. Die verschiedenen Richtungen und Anwendungen der marxistischen Ökonomie haben deshalb nur selten das Niveau des Marx'schen Vorbildes erreichen können. Viele Beiträge beschäftigen sich nur mit der einfachen Reproduktion von oftmals aus dem Zusammenhang gerissenen Thesen und Theorien von Marx, mit Interpretationsstreitigkeiten über deren wirklichen Inhalt, mit der Verteidigung tatsächlicher und angeblicher Marx'scher Positionen gegenüber der Kritik von seiten der bürgerlichen W. oder gar mit unergiebigem Versuchen zur Immunisierung oder Dogmatisierung der Marx'schen Theorie. Auf der anderen Seite blieben auch die meisten Versuche einer Revision der Marx'schen Theorie weit hinter dem Objekt der Revision zurück, wengleich sie z. T. von dem richtigen Bestreben geleitet waren, die Marx'sche Theorie den veränderten Bedingungen des Kapitalismus anzupassen. Eine gute Übersicht hierzu gibt PAUL M. SWEETZ in seinem Werk „The Theory of Capitalist Development“ (1942).

Stark vereinfacht lassen sich innerhalb der marxistischen Kritik der bürgerlichen Ökonomie drei große Richtungen unterscheiden, deren Ansätze und Methoden von mehr als temporärem Interesse sind:

a) Die Weiterentwicklung der Marx'schen Ansätze zur Theorie des Imperialismus und des Kolonialismus (*„Kolonialherrschaft“* bei Rosa Luxemburg, N. I. Bucharin, Rudolf Hilferding, Otto Bauer, V. I. Lenin und in neuerer Zeit bei André Gunder Frank, Paul A. Baran, Christian Palloix u. a. Die Fruchtbarkeit der Marx'schen Denkweise, nämlich ihre Verbindung von ökonomischer, soziologischer und historischer Analyse, zeigt sich besonders bei den dabei behandelten Problemen kolonialer und imperialistischer Beherrschung und Ausbeutung der sog. unterentwickelten Länder. Freilich sind auch wesentliche Probleme — insbesondere die Verbindung zwischen ökonomischen und politischen Formen der Ausbeutung (vgl. Boris, 1966) sowie das Verhältnis der Realisationsproblematik (ausgehend von Band II des „Kapital“) zur Akkumulationsproblematik (ausgehend von Band III des „Kapital“) — bisher nicht gelöst, so daß man nicht von einer konsistenten marxistischen Imperialismustheorie sprechen kann.

b) Die Berücksichtigung der Modifikationen der Marx'schen Analyse, die durch den Übergang vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus notwendig geworden sind. Insbe-

sondere bei Lenin wird dieser Prozeß in Verbindung mit der imperialistischen Ausdehnung der kapitalistischen Länder gesehen, später auch bei Baran, Sweezy u. a.; trotzdem ist es sinnvoll, diese Entwicklungen innerhalb der kapitalistischen Länder gesondert zu betrachten. Der erste bedeutende Versuch einer Analyse der durch die Ausbreitung eines monopolistischen Geld- und Kreditwesens bedingten Einschränkungen der freien Konkurrenz findet sich in Hilferding's Buch „Das Finanzkapital“ (1910). Später wird diese Entwicklung (u. a. auch von Hilferding selbst) positiv interpretiert als Hinwendung zu einem organisierten, d. h. durch den Staat und die Verbände im Interesse des Gemeinwohls organisierbaren Kapitalismus. In neuester Zeit haben Baran und Sweezy versucht, in ihrer Monographie „Monopoly Capital“ (1966) eine konsistente marxistische Analyse des Monopolkapitalismus zu geben. Diese unterscheidet sich allerdings in Methodik und Abstraktionsgrad beträchtlich von dem Marx'schen Vorbild, da hier — im Gegensatz zu Marx — vorwiegend an die Zirkulationsphäre, d. h. die Probleme der Verwertung in der Produktion, angeknüpft wird und die zugrunde liegenden Produktionsverhältnisse vernachlässigt werden. Einen mehr deskriptiven, teilweise spekulativen Charakter haben die in den sozialistischen Ländern verbreiteten Theorien des staatsmonopolistischen Kapitalismus („Staatskapitalismus . . .“). Sie sind freilich weitgehend durch die traditionelle Leninische Imperialismuskritik bestimmt und tragen zur analytischen Durchdringung des heutigen Kapitalismus wenig bei.

c) Relativ geringe Bedeutung hat dagegen lange Zeit für Marx entscheidende methodische Aspekte seiner Kritik der politischen Ökonomie gehabt; die meisten marxistischen Ökonomen haben diese Seite des Marx'schen Werkes vernachlässigt. Bedeutende Ausnahmen sind Franz Petry (Der soziale Gehalt der Marx'schen Werttheorie, 1916), Henryk Grossmann (1929, 1969), Maurice Dobb (Political Economy and Capitalism, 1937), Adolph Lowe (1938) und Sweezy (1942). Wichtige Elemente Marx'schen Denkens finden sich allerdings auch bei einigen bedeutenden bürgerlichen Wirtschaftstheoretikern, so etwa bei Sombart und Joseph A. Schumpeter (vgl. C). Erst in neuester Zeit wird die methodische Bedeutung der Marx'schen Ökonomie auch für die moderne W. anerkannt (vgl. bes. Ronald L. Meek, 1967). Die derzeit geführte methodische Diskussion des Marx'schen Werkes ist einerseits um die Verbindung der Marx'schen Ökonomie mit seinem Gesamtwerk und damit mit den philosophischen Grundlagen, andererseits um die Klärung der Beziehungen und jeweiligen Gültigkeitsbereiche von marxistischer und bürgerlicher W. bemüht; wichtige Beiträge zur letzteren Problematik lieferten vor allem Dobb, Lange (1934/35, 1959—66) und Piero Sraffa (1960).

2. *Politische Ökonomie des Sozialismus.* — Noch unbefriedigender als die Weiterentwicklung der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie (des Kapitalismus) sind die bisherigen Ansätze zu einer marxistisch fundierten politischen Ökonomie des Sozialismus. Diese mangelnde methodische Absicherung und inhaltliche Ausgestaltung hat verschiedene, in ihrer jeweiligen Wirkung schwer abzuschätzende Ursachen. Neben der voluntaristischen Unterschätzung objektiver ökonomischer Gesetzmäßigkeiten in der Übergangsperiode durch führende marxistische Theoretiker (N. I. Bucharin, 1920; E. A. Preobraženskij, 1926 u. a.; in neuerer Zeit insbesondere Ernesto Che Guevara, 1969) und der politischen Unterdrückung ökonomischer Diskussionen ist dafür eine wesentliche Ursache in der Marx'schen Theorie selbst zu suchen. Das zentrale Thema der ökonomischen Analyse von Marx und Engels war die Kritik der bürgerlichen Ökonomie und Gesellschaft, nicht aber die Begründung einer Ökonomie des Sozialismus, was nach Marx und Engels gerade der utopische Sozialismus — im Gegensatz zum wissenschaftlichen Sozialismus — fälschlicherweise versuchte. Zwar finden sich bei Marx und noch mehr bei Engels an verschiedenen Stellen ihres Werkes, in unterschiedlichem theoretischem und politischem Kontext, vereinzelte Hinweise auf die Funktions-

prinzipien einer sozialistischen Gesellschaft, aber diese Anmerkungen werden nicht in systematischem Zusammenhang entwickelt. Sie dienen häufig nur der anschaulichen Kontrastierung von Merkmalen einer künftigen sozialistischen mit denen der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft mit dem Akzent auf der Negation typischer Merkmale des Kapitalismus. Die ausführlichsten Bemerkungen zu dieser Frage gibt Marx in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ (1875), wo er unterscheidet zwischen einer „ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft“ (an anderer Stelle auch als „Sozialismus“ bezeichnet), die nach „langen Geburtswehen“ aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgegangen und noch mit den „Muttermalen der alten Gesellschaft“ behaftet sei, und der „höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft“, dem eigentlichen Kommunismus. Erst in dieser letzten Phase könnten die kommunistischen Prinzipien, wie „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“, voll verwirklicht werden (MEW, Bd 19, S. 20 f.).

Die inhaltliche Abgrenzung der hier angeedeuteten Dreiteilung — „Geburtswehen“, erste Phase (= Sozialismus), zweite Phase (= Kommunismus) — ist ebenso kontrovers wie Angaben über ihre tatsächliche oder voraussehbare Zeitdauer und die Frage nach ihrer jeweiligen Selbständigkeit, insbesondere der Gültigkeit spezifischer Gesetzmäßigkeiten in diesen Phasen, weil eine zweifelsfreie Charakterisierung bei Marx und Engels fehlt. Auf Grund der historischen Erfahrungen in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern hat sich allgemein die Auffassung durchgesetzt, daß die Übergangsperiode bis zum voll entwickelten Kommunismus relativ selbständig, langdauernd und durch ökonomische Gesetzmäßigkeiten bestimmt ist; äußerst umstritten dagegen sind nahezu alle konkreten Aussagen zur näheren Kennzeichnung dieser Übergangsphase. Zwei zentrale Fragestellungen bestimmen dabei die gegenwärtige Diskussion: a) die Frage nach der Anwendbarkeit der Marx'schen, zur Analyse des Kapitalismus entwickelten Kategorien — wie Ware, Wert, Mehrwert, Wertgesetz — im Sozialismus; b) die Frage nach dem Verhältnis zwischen der quantitativ-praxeologisch orientierten Planungs- und Operationsforschung, die zumindest formal wesentliche Ähnlichkeit mit entsprechenden Entwicklungen der westlichen W. aufweist, und der qualitativ bestimmten politischen Ökonomie des Sozialismus sowie, damit verbunden, die Frage nach dem Verhältnis zwischen W. und marxistischer Ökonomie.

Da selbst zwischen den marxistischen Diskutanten dieser Fragen bisher noch keine Verständigung über die methodischen Grundlagen der Diskussion und noch weniger über die dabei verwendeten Begriffe erzielt wurde, werden hier nur kurz einige wichtige Beiträge aufgeführt: Der *Beginn der wissenschaftlichen Debatte* über die Ökonomie des Sozialismus liegt, abgesehen von einigen Beiträgen bürgerlicher Theoretiker zur Anwendbarkeit der W. auf sozialistische Gesellschaften (insbesondere ENRICO BARONE, 1908), in der Phase des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion nach 1917 (vgl. dazu DOBB, 1948, und ERLICH, 1960). Bereits 1920 formulierte Bucharin in seinem Buch „Ökonomik der Transformations-

periode“ die von ihm vermuteten Gesetzmäßigkeiten der damals noch als kurzfristig eingeschätzten Übergangsperiode, während Preobrazenskij in konkreterer Ausrichtung auf die aktuellen Probleme der sowjetischen Wirtschaft in seinem Buch „Die neue Ökonomik“ (1926) versuchte, das Marx'sche Konzept der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation (Das Kapital, Bd 1, Kap. 24) auf den sowjetischen Industrieaufbau zu übertragen, der nach seiner Meinung (und späterer Praxis) durch eine ursprüngliche sozialistische Akkumulation aus der Landwirtschaft ermöglicht werden sollte.

Eine *zweite Etappe der Diskussion* setzte nach dem Entstehen eines sozialistischen Lagers mit Staaten unterschiedlichen Entwicklungsniveaus und insbesondere nach dem Tod Stalins ein. Ökonomen der fortgeschrittenen sozialistischen Länder (Polen, DDR, Tschechoslowakei) forderten die Modifikation des von der Sowjetunion übernommenen zentralistischen Planungssystems durch Einführung *sozialistischer Marktbeziehungen* (WŁODZIMIERZ BRUS, 1957, 1961; FRITZ BEHRENS, 1957, u. a.). Theoretische Grundlage dieser Forderungen war die Postulierung einer an der Inputminimierung orientierten *intensiven Etappe* — nach der zuvor auf die bloße Outputmaximierung ausgerichteten *extensiven Phase* der Zentralplanung — auf der Grundlage der systematisch höher entwickelten Produktivkräfte (vgl. Altwater, 1966). Seit dem berühmt gewordenen, wenn auch theoretisch weniger bedeutenden Pravda-Artikel E. G. LIBERMANS (Plan — pribyl' — premija, in: Pravda, 9. 9. 1962) wurden in zunehmendem Maß wesentliche Elemente der Forderungen von Brus und Behrens verwirklicht (in der DDR seit der Einführung des *Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft*, NÖSPL, 1963 und seiner Nachfolger: ÖSS u. a.; ↗ Unternehmen, B, C). Die Lockerung des zentralen Planungssystems, die Einführung von Markt- und Kooperationsbeziehungen und besonders der Einsatz *ökonomischer Hebel*, wie Preis, Zins, Prämie, Kredit, führten schließlich zur gegenwärtig noch andauernden Diskussion über deren Vereinbarkeit mit den von Marx, Engels und Lenin formulierten Kategorien (insbesondere ↗ Ware, ↗ Wert, Wertgesetz).

Als Vertreter einer *linken* Kritik an diesen Maßnahmen und Kategorien sind insbesondere CHARLES BETTELHEIM und ERNEST MANDEL hervorgetreten. Bettelheim (1970) versucht überdies, durch eine Weiterentwicklung der Marx'schen Begriffe die Grundlagen zu einer marxistischen Kritik der politischen Ökonomie des Sozialismus und zur Theorie der Übergangsgesellschaft zu schaffen. Gegenüber dieser Kritik wird vor allem von Ökonomen der sozialistischen Länder hervorgehoben, daß sich auf Grund der veränderten Produktionsverhältnisse auch der sozialökonomische Inhalt der Warenproduktion und der mit ihr verbundenen Kategorien und Gesetzmäßigkeiten grundsätzlich geändert habe (Ulbricht, 1967; Breuer, 1971). Eine abschließende Wertung dieser Debatte ist gegenwärtig nicht möglich, zumal die Grundlagen und Voraussetzungen dieser Diskussion ebensowenig geklärt sind wie das Verhältnis zwischen qualitativer und quantitativer Analyse in der politischen Ökonomie des Sozialismus und — noch allgemei-

ner — die Beziehungen zwischen der W. und der marxistischen Ökonomie.

Die konkreten Erfordernisse der Planung und Leitung der sozialistischen Wirtschaft und die damit verbundenen, weitgehend systemindifferenten Probleme der effizienten Allokation der Ressourcen führten zur Entwicklung einer mathematisch anspruchsvollen *Theorie des optimalen Funktionierens der sozialistischen Wirtschaft*, die vor allem in den Methoden (lineare, nicht-lineare und dynamische Programmierung, Input-Output-Analyse, ökonomisch-statistische Verfahren usw.) und teilweise auch in den Ergebnissen große, zumindest formale Gemeinsamkeit mit der modernen westlichen W. aufweist. Dabei waren in einigen Bereichen die sowjetischen Ökonomen zeitlich führend (vgl. etwa Kantorovič, 1939), während auf vielen anderen Gebieten der Praxeologie die Verfahren und Resultate der bürgerlichen W. — teilweise wenig reflektiert — übernommen wurden (vgl. etwa Primenenie, 1961). Daraus resultiert eine eigenartige theoretische Zweigleisigkeit insbesondere bei Ökonomen, die über eine gute Kenntnis der Marxschen Theorie und der modernen ökonomisch-mathematischen Methoden verfügen. Es besteht ein unvermitteltes Nebeneinander. Die in diesem Zusammenhang häufig vorgebrachte Begründung, die Kategorien der W., wie Nutzen, Knappheit, Effizienz, gewinnen erst im Sozialismus eine operationale Bedeutung und seien deshalb der Theorie der sozialistischen Wirtschaft zugrunde zu legen, erscheint jedenfalls nicht ausreichend. Wichtige Beiträge zur methodischen und inhaltlichen Klärung der Beziehungen zwischen Modellanalyse und allgemeiner politischer Ökonomie lieferten V. V. Novozilov (1967) und W. Brus (1961, 1972), die zumindest in dieser Hinsicht den Marxschen Anforderungen gerecht wurden.

In der gegenwärtigen Diskussion zur Theorie des optimalen Funktionierens der sozialistischen Wirtschaft spielt die Frage der Anwendbarkeit und Konkretisierung der Kategorie des *gesellschaftlichen Nutzens* (Satalin, 1970) für die Bestimmung von Planpreisen und -mengen eine wichtige Rolle. Das lange Zeit in der sowjetischen Ökonomie verbreitete Mißverständnis der Marxschen Arbeitswertlehre als einer unmittelbaren Kalkulationsregel für den Sozialismus (und dementsprechende Versuche der Berechnung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit) wird jetzt zunehmend als solches erkannt. Marx selbst hat eine derartige Interpretation in der Auseinandersetzung mit dem *Kathedersozialisten* ADOLPH WAGNER als „Phantasie“ zurückgewiesen (MEW, Bd 19, S. 357). Bereits in seinem Werk „Das Elend der Philosophie“ (1847) hatte Marx darauf hingewiesen, daß „in einer künftigen Gesellschaft, wo der Klassengegensatz verschwunden ist . . ., die Produktionszeit, die man den verschiedenen Gegenständen widmet, . . . bestimmt [wird] durch ihre gesellschaftliche Nützlichkeit“ (MEW, Bd 4, S. 93); die Annahme des Äquivalententauschs (zu Arbeitswerten) ist bei Marx lediglich eine analytische Abstraktion für sein Modell des Konkurrenzkapitalismus, eine abstrakte Gleichgewichtsuntersuchung, für die der Gebrauchswertcharakter der Waren, ihre Fähigkeit, Bedürfnisse zu befriedigen, explizit vorausgesetzt

wird (vgl. MEW, Bd 23, Kap. 1). Engels konkretisiert diese Bedeutung des Gebrauchswerts für den Sozialismus im „Anti-Dühring“ (1877/78) durch die Feststellung, daß die Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit durch die planmäßige Abwägung der „Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände . . . untereinander und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen“ erfolgen soll (MEW, Bd 20, S. 288). Somit ist auch nach marxistischer Auffassung eine Berücksichtigung der Gebrauchswert- (Nachfrage-)Seite für die Planung erforderlich.

C. Methodologie der Wirtschaftstheorie

I. Ökonomie und Ideologie

Eine für die Bestimmung von Inhalt und Methode der W. grundlegende Frage ist die nach der Ideologie oder Ideologiefreiheit der Wirtschaftstheorie. Dies bezieht sich nicht nur auf die Möglichkeit oder Unmöglichkeit objektiver Erkenntnis in den Sozialwissenschaften, sondern auch auf deren Stellung zu den Natur- und Geisteswissenschaften und innerhalb der Sozialwissenschaften auf die Stellung der Wirtschaftstheorie. Während über Verfahren und Untersuchungsgebiete der W. zwischen marxistischen und bürgerlichen Ökonomen ein hohes Maß an Übereinstimmung besteht, lassen sich grundsätzliche Divergenzen über den Ideologiebegriff und, damit verbunden, über die zentralen Aspekte und Gesetzmäßigkeiten der Ökonomie feststellen.

Fast allen nicht-marxistischen Definitionen von Ideologie liegt bei aller Verschiedenheit im einzelnen das explizite oder implizite Postulat einer reinen oder objektiven Wissenschaft als einer nicht nur gedanklichen Alternative zu ideologischen (und damit tendenziell unwissenschaftlichen) Konzeptionen zugrunde. Der Ideologievorwurf bezieht sich auf die fehlerhafte Erkenntnis der objektiven Realität und/oder auf interne Widersprüche des gedanklichen Modells.

Nach *Herbert Giersch* sind Ideologien „Leitbilder, denen angesichts der Sachzusammenhänge, auf die sie sich beziehen, die innere Widerspruchsfreiheit nicht bescheinigt werden kann, weil ihnen ein verzerrtes Bild der sozialökonomischen Wirklichkeit zugrunde liegt. Das Wirklichkeitsbild mag veraltet sein, auf naiven Vorurteilen beruhen oder bestimmte weltanschauliche oder interessenbedingte Wunschvorstellungen zur Grundlage haben“ (1960, S. 135).

Einen exakteren, systematisch begründeten, freilich kaum operationalen Ideologiebegriff vertreten Verfechter der neopositivistischen Richtung in der W., die im Anschluß an Weber eine Trennung wissenschaftlicher Aussagen oder Theorien in positive, d. h. die objektive Realität beschreibende oder analysierende und in normative (wertende) Aussagen bzw. Theorien fordern. Positive wissenschaftliche Aussagen sind dabei durch die prinzipielle Möglichkeit ihrer empirischen Überprüfung, insbesondere ihrer Falsifizierung entsprechend dem *Popperschen Falsifizierbarkeitskriterium* (s. u. C, II) gekennzeichnet. Die Vermengung positiver und normativer Aussagen wird als Ideologie gedeutet:

„Bestimmte theoretische Ansätze, die erwünschte Ziele als realisierbar versprechen, erhalten den Vorzug, werden

zu Glaubenssätzen über das Geschehen der wirklichen Welt, werden zu Ideologien. Bei einer Ideologie haben wir es mit einer eigentümlichen Verquickung von Wertesystem und positiver Theorie zu tun..." (Rudolf Richter, 1965, S. 259).

Aber selbst wenn man eine derartige Unterscheidung zwischen positiven und normativen Aussagen (Theorien) als sinnvoll und real möglich annimmt, ergibt sich in den Sozialwissenschaften und speziell in der W. eine entscheidende Schwierigkeit durch die stark eingeschränkte Gültigkeit bzw. Anwendbarkeit der Theorien: Sie werden unter der Annahme einer *Konstanz der Rahmenbedingungen* (sog. *ceteris paribus*-Klausel) formuliert, deren Kontrolle bzw. Einhaltung im allgemeinen nicht (oder, wie einige Sozialwissenschaftler hoffen: noch nicht) gegeben ist. Deshalb kann das Falsifizierbarkeitskriterium nur in stark eingeschränktem Sinn angewandt werden. Strenggenommen gibt es möglicherweise gar keine positiven Theorien. Besteht überdies die Tendenz, die empirische Nachprüfbarkeit der Theorien durch restriktive Wahl der zugrunde liegenden Annahmen praktisch zu verunmöglichen (wie in einigen Teilen der W., insbesondere der Theorie des Konsumentenverhaltens), so gelangen die für „positiv“ ausgegebenen Aussagen selbst nach neopositivistischem Wissenschaftsverständnis in die Nähe ideologischer Interpretationen der Realität. HANS ALBERT (1959) bezeichnet diese ideologische Immunisierungstendenz in der W. als „Modellplatonismus“.

Ein grundsätzlich andersartiger Wissenschafts- und Ideologiebegriff war bei Marx der ökonomischen Analyse zugrunde gelegt worden. Da nach dem marxistischen Wissenschaftsverständnis Ideen nur auf ihrem sozialen und geschichtlichen Hintergrund interpretierbar sind und keine von der sozialökonomischen Realität losgelöste, absolute und allgemeingültige Erkenntnis möglich ist, ist das Kriterium wissenschaftlicher Erkenntnis die gesellschaftliche Praxis: „Das gesellschaftliche Leben ist wesentlich *praktisch*. Alle Mysterien, welche die Theorie zum Mystizismus verleiten, finden ihre rationale Lösung in der menschlichen Praxis und im Begreifen dieser Praxis“ (Thesen über Feuerbach; MEW, Bd 3, S. 535). In diesem allgemeinen Sinn der Abhängigkeit der Ideen von den zugrunde liegenden sozialökonomischen Verhältnissen ist der wissenschaftliche Sozialismus nach seinem Selbstverständnis eine Ideologie. Er nimmt jedoch in Anspruch, die erste Ideologie einer im Kapitalismus noch ausgebeuteten Mehrheit gegenüber früheren herrschaftsbestimmten und -verschleiern den Ideologien der jeweils herrschenden Minderheit(en) und insofern historisch progressiv und wissenschaftlich zu sein: „Das Proletariat ist in der Lage, ein richtiges, wissenschaftliches Bewußtsein seiner Stellung und historischen Aufgabe hervorzubringen. Der wissenschaftliche Sozialismus ist keine Ideologie im bisherigen Sinn. Die sozialistische Ideologie ist vielmehr eine wissenschaftlich begründete Ideologie“ (Hahn, 1964, S. 1180).

Die Frage, ob die W. durch einen ideologischen *bias* verfälscht wird, d. h. inwieweit eine systematische Verzerrung in der Begriffsbildung, in der Auswahl der untersuchten Phänomene oder in der Wahl der angewandten Methoden eintritt infolge der Tendenz, die jeweils gegebenen Verhältnisse

unbefragt hinzunehmen und zum Maßstab möglicher Erkenntnis zu machen, hat auch bedeutende Vertreter der traditionellen W. beschäftigt. SCHUMPETER will dieses Problem dadurch in den Griff bekommen, daß er zu unterscheiden versucht zwischen einer *methodisch* orientierten ökonomischen Analyse mit dem Anspruch genereller Gültigkeit und zeitbedingten, ideologisch beeinflussten Formen ökonomischen Denkens, wie der politischen Ökonomie. Seine „Geschichte der ökonomischen Analyse“ (1954) ist deshalb dem Nachweis einer Tradition positiver Methodologie in der Geschichte der W. gewidmet, wobei er es unternimmt, aus dem Werk bedeutender Ökonomen deren überzeitlich gültigen Beitrag zur ökonomischen Analyse herauszuarbeiten. Schumpeters Arbeit gibt, ähnlich wie Marx' „Theorien über den Mehrwert“ (MEW, Bd 26, 1—3), anschauliche Beispiele für die *relative* Unabhängigkeit der ökonomischen Theorie in seiner Interpretation der jeweils konkreten historisch-sozialen Bedingungen.

Eine ähnliche Position vertrat auch GUNNAR MYRDAL in der ersten Auflage seines Buches „Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung“ (1930), in dem er zwar eine Menge von versteckten politischen Wertungen in der W. nachwies, auf der anderen Seite aber auch die Auffassung vertrat, daß nach Elimination solcher ideologischer Elemente aus der W. ein positives System von Tatsachen und Funktionalbeziehungen als Grundlage für extern einzuführende Wertprämissen übrigbliebe. In späteren Auflagen dieses Werkes und in dem Buch „Das Wertproblem in der Sozialwissenschaft“ (1958) hält Myrdal dagegen eine derartige Trennung nicht mehr für praktisch möglich, da hinsichtlich der für eine Modellbildung zu berücksichtigenden Tatsachen „eine jede Auswahl Wertungen bedingt“.

„Schon der Versuch, Wertungen durch Beschränkung der Untersuchung auf reine Tatsachenforschung zu umgehen, ohne irgendeinen Nutzen für die praktische oder politische Anwendung erzielen zu wollen — und diese Haltung dominierte in vergangenen Jahren —, enthält in sich eine Wertung... Die volle Darlegung eines Problems einschließlich der Angabe des Untersuchungsbereichs, der Richtung, der Hypothese, der Klassifizierungsmerkmale und der Definitionen aller verwendeten Begriffe fördert die für das Ermitteln der Fakten unumgänglichen Wertungen klar zutage“ (ebd. dt. Ausg. 1965, S. 167 f.).

Von dieser Position aus unterzieht Myrdal die positivistische und neopositivistische Auffassung zum Werturteilsproblem einer systematischen Kritik. Ähnlich urteilt JOAN ROBINSON über W., wenn sie betont: „Die Nationalökonomie selbst... war stets zum einen Teil ein Zweig der Forschung, zum anderen aber ebensogut ein Werkzeug der jeweils herrschenden Ideologie“ (1962, dt. Ausg. 1965, S. 7). Obwohl auch sie die Unmöglichkeit einer praktischen Trennung zwischen Ideologie und Ökonomie konstatiert, betrachtet sie es als Aufgabe des Wirtschaftstheoretikers, so gut wie möglich zwischen Ideologie und positiver Wissenschaft zu unterscheiden. Myrdals und Robinsons Ideologiebegriff kommt in einigen Aspekten dem Marxschen nahe, unterscheidet sich aber von diesem in zwei wesentlichen Punkten: Für die Erklärung des ideologischen *bias* wird eine Vielzahl gleichberechtigter Faktoren (neben den Produktionsverhältnissen sind es auch kulturelle, religiöse oder in der Person des Wissenschaftlers liegende

Einflußfaktoren) zugrunde gelegt, und der Marxismus wird in ideologischer Hinsicht mit den bürgerlichen Wissenschaften und Theorien auf eine Stufe gestellt. Einen wichtigen Beitrag zur Klärung des Ideologiebegriffs in der W. lieferte in neuester Zeit RONALD L. MEEK (1967).

II. Formen und Probleme der Modellbildung

Eng mit dem Ideologie- und dem Werturteilsproblem verbunden ist die Frage nach Arten und Methoden der Modellbildung. Das Modell als vereinfachtes gedankliches Abbild der Realität kann aufgefaßt werden als Abbildung von Dingen und Dingrelationen auf eine logische Struktur. Der zugrunde liegende Abstraktionsprozeß kann als eine verallgemeinerte Form des Messens aufgefaßt werden, als eine eindeutige und relationstreue Abbildung der Dinge ($d_1, d_2 \dots$) auf Elemente des Modells ($d'_1, d'_2 \dots$) und der Relationen ($r_1, r_2 \dots$) auf Relationen ($r'_1, r'_2 \dots$) einer mathematischen Theorie. Dabei sind die Relationen aus Teilmengen des cartesischen Produkts zweier Mengen definiert; durch zusätzliche Bedingungen werden diese Relationen näher spezifiziert (z. B. als Äquivalenzrelationen oder als Funktionen). Dieser allgemeine Modellbegriff ist sowohl auf die marxistische Ökonomie wie auch auf die bürgerliche W. anwendbar; er reicht jedoch nicht zur vollständigen Charakterisierung ökonomischer Theorien bzw. der Methodik der Theoriebildung aus. Die entscheidenden Unterschiede zwischen marxistischer und bürgerlicher Ökonomie sind in der inhaltlichen Frage der Beurteilung und Auswahl wesentlicher Elemente und Beziehungen der Realität für die W. und, damit verbunden, in der Frage der Anwendbarkeit der dialektischen Methode (\nearrow Dialektik, \nearrow Dialektischer Materialismus) zu sehen.

Von einer wissenschaftlichen Erklärung wird verlangt, daß sie empirisch gehaltvoll und daher im Experiment unter Beobachtung überprüfbar ist. In der W. werden solche wissenschaftlichen Deduktionen auch als „meaningful theorems“ (Samuelson, 1947) bezeichnet. Nach KARL R. POPPER ist eine Theorie dann falsifizierbar, wenn ihre Hypothesen bestimmte Erscheinungen ausschließen. Dabei gilt die Widerlegung einer Aussage als stärker denn ihre empirische Bestätigung, da eine Übereinstimmung theoretischer Ableitungen in der W. (und allgemeiner in den Sozialwissenschaften) mit Erscheinungen der Realität nicht deren Richtigkeit, sondern lediglich deren mögliche Vereinbarkeit mit der Realität impliziert und deshalb andere theoretische Erklärungsversuche nicht notwendig ausschließt.

Ein entscheidendes Problem ökonomischer Modell- und Theoriebildung ist daher die Gewinnung wesentlicher Abstraktionen der komplexen realen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge in dem Sinn, daß die in das Modell eingehenden Definitionen, Funktionalbeziehungen und sonstigen Vereinfachungen der Realität zu einem besseren Verständnis der komplexeren Realität durch die Modellanalyse und deren Anwendung auf empirische Probleme durch nachträgliche zunehmende Konkretion verhelfen. In dieser Hinsicht besteht zwischen marxistischer Ökonomie und bürgerlicher W. keine Differenz.

Abstraktionen und Modelle der ökonomischen Realität sind daher nur scheinbar beliebig, sie sind nicht Selbstzweck. Marx erläutert in seinem Rohentwurf der „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“ (1857—58) anschaulich den Sinn ökonomischer Modellbildung: die ungeordnete, unmittelbare Erfahrung der ökonomischen Realität ist zunächst noch „eine chaotische Vorstellung des Ganzen“. Deshalb muß zunächst „die volle Vorstellung zu abstrakter Bestimmung verflüchtigt“ werden, damit „die abstrakten Bestimmungen zur Reproduktion des Konkreten im Weg des Denkens“ führen können. Erst dann kann die Realität erfaßt werden als eine gegliederte „Totalität von vielen Bestimmungen und Beziehungen“ (S. 21 f.).

Diesem allgemein akzeptierten Erkenntniszweck ökonomischer Modelle stellen sich jedoch wesentliche Schwierigkeiten entgegen. Auf der technisch-methodischen Seite liegt eine große Schwierigkeit darin, einen wissenschaftsadäquaten Kompromiß zu finden zwischen der Operationalität und Berechenbarkeit der Modelle (mit der sich daraus ergebenden Gefahr übermäßiger Vereinfachung) und der Forderung, möglichst viele Aspekte der Realität in das Modell mit einzubeziehen (mit der Gefahr, übermäßig komplizierte und deshalb unhandliche Modelle zu konstruieren): „Der Wissenschaftler muß daher wie der Pilger einen geraden und schmalen Pfad zwischen den Fallgruben der übermäßigen Vereinfachung und dem Morast der übermäßigen Komplizierung einhalten“ (Bellmann, 1957, S. X). Da also aus technischen Gründen die Realität niemals vollkommen adäquat im Modell erfaßt werden kann, müssen bei der Anwendung der Modelle auf die Realität nachträglich bestimmte Modifikationen (d. h. zunächst nicht berücksichtigte Einflußfaktoren) eingeführt werden. Daraus ergibt sich aber die inhaltliche Schwierigkeit, daß die Möglichkeiten späterer Konkretisierung durch Art und Ausmaß der anfänglichen Abstraktionen (Modelle) mitbestimmt werden. Aus diesem Grund muß bereits bei der Aufstellung des Modells der jeweilige Untersuchungs- oder Erkenntniszweck berücksichtigt werden; die Modellbildung wird also auch durch die untersuchte Fragestellung bestimmt.

Offenbar kann ein einziges Modell — auch wenn es nachträglich modifiziert wird — nicht alle Phänomene der Realität erklären; deshalb können (und müssen) auf verschiedenen Teilbereichen und/oder Abstraktionsstufen verschiedene Methoden und Modelle nebeneinander bestehen. Wie Lange bereits 1935 feststellte, sind aus diesem Grund auch marxistische Ökonomie und W. nicht in unvereinbarem Gegensatz zu sehen.

Eine falsche Konsequenz dieser wissenschaftslogischen Struktur der W. ist die Postulierung eines beliebigen Modell- und Methodenpluralismus; entscheidend ist vielmehr die Herausarbeitung des jeweiligen Gültigkeitsbereichs der einzelnen Verfahren und Modelle und ihr Zusammenhang. Auf Grund ihres niedrigeren Abstraktionsgrades ist die bürgerliche W. nur im Rahmen einer allgemeinen abstrakten Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung richtig zu interpretieren. Eine solche existiert freilich nicht, wenn man nicht die Marxsche dafür hält. Auf der anderen Seite bedarf die allgemeine Marxsche Ökonomie der Konkretion und Modifikation durch spezielle Theo-

rien gesellschaftlicher Teilbereiche (wie sie teilweise die W. liefert). Akzeptiert man die neopositivistische Terminologie, so ist die Beziehung zwischen Marxscher und bürgerlicher Ökonomie in wesentlichen Teilen als das Verhältnis einer *Metatheorie* über die Bedingungen ökonomischer Theoriebildung und gesellschaftlicher Entwicklung zu einer *speziellen Theorie* des Wirtschaftens mit knappen Mitteln zu sehen. Diese allgemeine Kennzeichnung bedeutet aber weder, daß die W. eine notwendige Konkretion der Marxschen Theorie noch daß diese eine notwendige Metatheorie der W. darstellt.

Von untergeordneter Bedeutung ist die Klassifizierung von Modellen der W. nach Erklärungs-, Verifikations- und Entscheidungsmodellen, da diese sich nicht im strukturellen Aufbau, sondern lediglich durch die Verschiedenartigkeit der bei der Formulierung des Modellansatzes verwandten Daten unterscheiden (Angermann, 1963). Während das Erklärungsmodell durch die logische Deduktion aus Modellhypothesen zur gedanklichen Erklärung realer Prozesse charakterisiert wird, verwenden Verifikationsmodelle historische (statistische) Daten zur Überprüfung theoretischer Hypothesen und Deduktionen, die z. B. aus Erklärungsmodellen gewonnen werden. Unmittelbar auf die konkrete Anwendung im betrieblichen oder volkswirtschaftlichen Bereich ausgerichtet sind schließlich die Entscheidungsmodelle. „Betrachtet man . . . den Zusammenhang von Erklärungs-, Verifikations- und Entscheidungsmodellen, so zeigt sich, daß diese einen in sich geschlossenen Untersuchungskomplex bilden. Die kausal-logische Verknüpfung dieser drei Modelltypen ergibt sich aus der dem wissenschaftlichen Denkprozeß immanenten Gesetzmäßigkeit mit der Stufenfolge: Erkennen, Beweisen, Anwenden“ (Angermann, 1963, S. 18). Eine Entscheidung der Modelltypen nach den in sie eingehenden Verfahren (z. B. Denkmodell, Programmierungsmodell) oder der Art ihrer Darstellung (z. B. Analogmodell, eidetisches Modell) hat im Gegensatz zur obigen Einteilung nur beschreibenden, keinen erklärenden Charakter.

III. Werturteilsproblem und Praxeologie

Eine zentrale Bedeutung in der theoretischen und ideologischen Auseinandersetzung zwischen marxistischer Ökonomie und der W. und auch innerhalb verschiedener Richtungen der W. hat das *Wertfreiheits-Postulat* von Weber (1904, 1917), dessen operationale Bedeutung in der Forderung nach strikter Trennung zwischen der wissenschaftlichen Untersuchung und Beschreibung sozialer Phänomene und ihrer (aus außerwissenschaftlichen Kriterien gewonnenen) Bewertung besteht. Würde dieses Postulat sich auf eine methodische Warnung vor der als wissenschaftlich ausgegebenen Wiedergabe subjektivistischer, unbegründeter oder gar unbegründbarer Ansichten beschränken, würde es sicherlich allgemein anerkannt. Die marxistische und z. T. auch nichtmarxistische Kritik daran bezieht sich aber auf zwei miteinander zusammenhängende positivistische Folgerungen aus diesem Postulat: die explizite oder implizite Leugnung der gesellschaftlichen und geschichtlichen Bedingtheit sozialwissenschaftlicher Theorien und die Ver-

kürzung des Untersuchungsbereichs der W. auf das Zweck-Mittel-Verhältnis (Praxeologie). Die auf dem Werturteilsfreiheitspostulat basierende Trennung zwischen *positiver* (= wertfreier) und *normativer* (= wertender) Theorie diene in der W. der Verengung des Untersuchungsbereichs auf den Aspekt der Zweckrationalität und damit der instrumentellen Verkürzung der W. auf die Untersuchung der Beziehung zwischen (objektiv gegebenen) Mitteln und den damit angestrebten (wertend und deshalb relativ beliebig eingeführten) Zielen. Während die positive W. nach diesem Verständnis der Beschreibung und Formalisierung möglicher Zweck-Mittel-Relationen dienen sollte, bestand die Hauptaufgabe der normativen W., so besonders der *Welfare Economics*, in der Angabe bzw. Auswahl der konkret zu verfolgenden Ziele (vgl. Boulding, 1952; Mishan, 1960).

Der ideologische Charakter dieser anscheinend wertfreien Position wurde besonders von Myrdal (1930, 1958) herausgearbeitet. Der Zusammenhang zwischen der Werturteilsfreiheit und der davon abgeleiteten Instrumentalisierung der W. gemäß den Bedürfnissen der bürgerlichen Gesellschaft ist nicht nur an den konkreten Ergebnissen der praxeologischen Theorien (wie Unternehmensforschung, wirtschaftspolitische Anwendungen der W.) zu sehen, sondern auch an dem zugrunde liegenden Wissenschaftsverständnis: In Verfolgung dieser Denkweise neigt man dazu, die Variablen des sozialen und ökonomischen Systems in der klassischen und vor allem der Marxschen Ökonomie zu extern gegebenen Daten (Parametern) als am Rand oder gar außerhalb des Untersuchungsbereichs der W. stehend zu betrachten. Die Gesellschaft wird damit nicht als Problem der W. begriffen. Im Gegensatz zu (und in Abwehr von) Marx' Position, daß rationale ökonomische Theoriebildung nur unter Einbeziehung der sozialen und geschichtlichen Faktoren möglich sei, wird dabei die Auffassung vertreten, wertfreie Wissenschaft erfordere gerade eine Abstraktion von diesen Faktoren. Die zugrunde liegende Trennung von objektiven Zweck-Mittel-Relationen und wertenden Zielen wird, wie Myrdal erklärt, dabei überdies noch hypostasiert. Bereits die Auswahl der zulässigen Mittel — und nicht nur die Wahl der Ziele — setzt ein Werturteil voraus. Hinzu kommt, daß bei der Anwendung der Modelle bzw. Theorien auf die Realität unter Umständen unbeabsichtigte oder sogar unerwünschte Nebenwirkungen auftreten, so daß die verschiedenen Mittel nicht als gleichwertig betrachtet werden können, sondern eine Bewertung der Komplementäreffekte erforderlich wird. Grundsätzlich bedeutet bereits die Akzeptierung eines *instrumentellen* Ökonomieverständnisses — wie es auch neuerdings in der politischen Ökonomie des Sozialismus zu beobachten ist — die zumindest implizite Anerkennung der jeweils konkret oder gedanklich gegebenen Situation und damit ein verborgenes Werturteil für diesen Zustand (z. B. den Status quo).

Diese Einwände gegen die instrumentelle Auffassung der W. richten sich nicht gegen das Prinzip der Rationalität schlechthin, sondern gegen seinen einseitigen und unreflektierten Gebrauch. Die Praxeologie als allgemeine Handlungswissenschaft bestimmt nicht nur Theorie und Praxis der

bürgerlichen, sondern auch der sozialistischen Wirtschaft (Lange, 1959—66).

Marx, bei dem nicht die Fragen der Rationalität, sondern der Versuch, „das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen“ (MEW, Bd 23, S. 15f.), im Mittelpunkt der Untersuchung steht, hat die Bedeutung der Rationalität nie verkannt: „Ökonomie der Zeit, sowohl wie planmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion, bleibt also erstes ökonomisches Gesetz auf Grundlage der gemeinschaftlichen Produktion. Es wird sogar in viel höherem Grade Gesetz“ (Grundrisse, a. a. O. S. 89).

Die Betonung des *Rationalitätsprinzips* in der W. durch die zunehmende Formalisierung und Mathematisierung und die damit erhöhte Berechenbarkeit und Anwendbarkeit der W. wie auch seine Durchsetzung in der Praxis kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaft dürfen indes nicht über die bleibenden Gegensätze zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen bürgerlicher W. und marxistischer Theorie hinwegtäuschen: „Indes dies *Allgemeine*, oder das durch Vergleichung herausgesonderte Gemeinsame, ist selbst ein vielfach Gegliedertes, in verschiedene Bestimmungen Auseinanderfahrendes . . . Die Bestimmungen, die für die Produktion überhaupt gelten, müssen grade gesondert werden, damit über der Einheit . . . die wesentliche Verschiedenheit nicht vergessen wird. In diesem Vergessen liegt z. B. die ganze Weisheit der modernen Ökonomen, die die Ewigkeit und Harmonie der bestehenden sozialen Verhältnisse beweisen“ (MEW, Bd 13, S. 617).

LITERATUR

E. L. Carl: *Traité de la richesse des princes et de leurs états, et des moyens simples et naturels pour y parvenir*. 3 vols. Paris 1722—23. — F. Quesnay: *Tableau économique avec son explication*. Versailles 1758. Dt. Ausg.: Ders.: *Tableau économique*. Bln[Ost] 1965. — A. Smith: *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. 2 vols. Ldn 1776. Repr. N. Y. 1966. Dt. Ausg.: Ders.: *Untersuchung der Natur u. Ursachen von Nationalreichthümern*. 3 Bde. Lpz. 1776—92. Neuausg. u. d. T.: *Eine Untersuchung über Natur u. Wesen des Volkswohlstandes*. 3 Bde. Jena 1908—23. — J. B. Say: *Traité d'économie politique*. 2 vols. Paris 1803. 6. éd. 1841. Dt. Ausg.: Ders.: *Darstellung der National-Ökonomie oder der Staatswirtschaft*. 2 Bde. Heidelberg 1818 bis 1819. 3. Aufl. 3 Bde. 1831—32. — D. Ricardo: *On the Principles of Political Economy and Taxation*. Ldn 1817. 3. ed. 1821. Dt. Ausg.: Ders.: *Grundsätze der Volkswirtschaft u. Besteuerung*. 2 Bde. Lpz. 1837—38. Neuausg.: u. d. T.: *Über die Grundsätze der polit. Ökonomie u. der Besteuerung*. Bln[Ost] 1959. — Th. R. Malthus: *Principles of Political Economy Considered with a View to Their Practical Applications*. Ldn 1820. 2. ed. 1936. — W. Thompson: *An Inquiry into the Principles of the Distribution of Wealth Most Conductive to Human Happiness*. Ldn 1824. Dt. Ausg.: Ders.: *Untersuchung über die Grundsätze der Verteilung des Reichtums zu besonderer Beförderung menschlichen Glücks*. 2 Bde. Bln 1903—04. — J. H. v. Thünen: *Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft u. Nationalökonomie*. Bd 1. Hamburg 1826. Bd 2, Tl 1—2, Bd 3. Rostock 1850—63. Neudr. Jena 1930. — Th. Hodgskin: *Popular Political Economy*. Ldn 1827. — N. W. Senior: *An Outline of the Science of Political Economy*. Ldn 1836. 6. ed. 1872. — A. A. Cournot: *Recherches sur les principes mathématiques de la théorie des richesses*. Paris 1838. Nouv. éd. 1938. Dt. Ausg.: Ders.: *Untersuchungen über die math. Grundlagen der Theorie des Reichtums*. Jena 1924. — J. S. Mill: *A System of Logic, Ratiocinative and Inductive*. 2 vols. Ldn 1843. 9. ed. 1875. New ed. Ldn, N. Y. 1956. Dt. Ausg.: Ders.: *Die inductive Logik*. Braunschweig 1849. 2. Aufl. [u. d. T.:] *System der deductiven u. inductiven Logik*. Braunschweig 1862. 4. Aufl. 1877. — F. Engels: *Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie*. [Geschr. 1843—44.]

In: MEW, Bd 1. 1961. S. 499—524. — J. Dupuit: *De la mesure de l'utilité des travaux publics*. In: *Ann. ponts et chaussées* 2 (1844) 8, S. 29—65. Neudr. in: Ders.: *De l'utilité et de sa mesure*. Torino 1933. S. 67—96. — J. S. Mill: *Essays on Some Unsettled Questions of Political Economy*. Ldn 1844. 2. ed. 1874. — K. Marx, F. Engels: *Die dt. Ideologie*. [Geschr. 1845—46.] In: MEW, Bd 3. 1959. S. 9—530. — K. Marx: *Das Elend der Philosophie*. [Geschr. 1846—47.] In: MEW, Bd 4. 1959. S. 63—182. — K. Marx, F. Engels: *Manifest der Kommunist. Partei*. Ldn 1848. In: MEW, Bd 4. 1959. S. 459—493. — J. S. Mill: *Principles of Political Economy*. 2 vols. Ldn 1848. 7. ed. 1871. Dt. Ausg.: Ders.: *Grundsätze der polit. Ökonomie*. 2 Bde. Hamburg 1852. Neudr. Jena 1913—21. — K. Marx: *Lohnarbeit u. Kapital*. [Geschr. 1849.] In: MEW, Bd 6. 1959. S. 397—423. — Ders.: *Grundrisse der Kritik der polit. Ökonomie*. (Rohentwurf.) 1857—1858. Anh. 1850 bis 1859. 2 Tle. M. 1939—41. Nachdr. in einem Bd. Frankfurt/M., Wien [1970]. — H. H. Gossen: *Die Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs u. der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln*. Braunschweig 1854. — K. Marx: *Einl. zur Kritik der polit. Ökonomie*. [Geschr. 1857.] In: MEW, Bd 13. 1961. S. 615—642. — Ders.: *Zur Kritik der polit. Ökonomie*. Bln 1859. In: MEW, Bd 13. 1961. S. 3—160. — Ders.: *Theorien über den Mehrwert*. 3 Bde. [Geschr. 1862—63.] In: MEW, Bd 26, 1—3. 1965—68. — Ders.: *Lohn, Preis u. Profit*. [Geschr. 1865.] In: MEW, Bd 16. 1962. S. 101—152. — Ders.: *Das Kapital*. 3 Bde. Hamburg 1867—94. In: MEW, Bd 23—25. 1962—64. — W. S. Jevons: *The Theory of Political Economy*. N. Y. 1871. 4. ed. Ldn 1931. Dt. Ausg.: Ders.: *Die Theorie der polit. Ökonomie*. Jena 1924. — C. Menger: *Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*. Wien 1871. 2. Aufl. 1923. — W. S. Jevons: *The Principles of Science*. 2 vols. Ldn 1874. 2. ed. Ldn, N. Y. 1877. New ed. 1 vol. N. Y. 1958. — L. Walras: *Éléments d'économie politique pure ou théorie de la richesse sociale*. 2 t. Lausanne 1874—77. Teilausg. Paris 1938. — K. Marx: *Randglossen zum Programm der dt. Arbeiterpartei*. [Geschr. 1875.] In: MEW, Bd 19. 1962. S. 15—32. — F. Engels: *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft*. („Anti-Dühring“.) Lpz. 1878. In: MEW, Bd 20. 1962. S. 1—303. — G. Volmar: *Der isolierte sozialist. Staat*. In: *Jb. Soz.-Wiss. u. Soz.-Politik*. 1,1 (1879), S. 54—74. — F. Engels: *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft*. [Geschr. 1880.] In: MEW, Bd 19. S. 177—228. — F. Y. Edgeworth: *Mathematical Psychics*. An essay on the application of mathematics to the moral sciences. Ldn 1881. — C. Menger: *Untersuchungen über die Methode der Sozialwiss. u. der polit. Ökonomie insbesondere*. Lpz. 1883. — A. Marshall: *Principles of Economics*. N. Y., Ldn 1890. 8. ed. 1920. Repr. 1956. Dt. Ausg.: Ders.: *Handbuch der Volkswirtschaftslehre*. Bd 1. Stuttgart, Bln 1905. — J. N. Keynes: *The Scope and Method of Political Economy*. Ldn 1891. 4. ed. N. Y. 1955. — E. v. Böhm-Bawerk: *Zum Abschluß des Marxschen Systems*. In: *Staatswiss. Arbeiten*. Festgabe für Karl Knieps. Bln 1896. S. 87—205. Wiederabgedr. in: Ders.: *Kleinere Abh. über Kapital u. Zins*. Bd 2. Wien, Lpz. 1926. S. 321—435. — V. Pareto: *Cours d'économie politique*. 2 vols. Lausanne 1896—99. — R. Hilferding: *Böhm-Bawerks Marx-Kritik*. In: *Marx-Studien*. Hrgs.: M. Adler, R. Hilferding. Bd 1. Wien 1904. S. 1—61. — M. Weber: *Die „Objektivität“ sozialwiss. u. sozialpolit. Erkenntnis*. In: *Arch. Soz.-Wiss. Soz.-Politik* 1 (1904), S. 22—87. Dass. in: Ders.: *Ges. Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. 2. Aufl. Tübingen 1951. S. 146—214. — V. Pareto: *Manuale di economia politica*. Milano 1906. Rist. Roma 1965. Franz. Ausg.: Ders.: *Manuel d'économie politique*. Paris 1909. 4. éd. Genève 1966. — J. Schumpeter: *Das Wesen u. der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie*. Lpz. 1908. — E. Barone: *Principi di economia politica*. 2 vol. Roma 1908—09. Dt. Ausg.: Ders.: *Grundzüge der theoretischen Nationalökonomie*. Bonn 1927. — R. Hilferding: *Das Finanzkapital*. Wien 1910. 3. Aufl. 1923. Neuausg. Bln[Ost] 1947. Dass. Frankfurt/M. 1968. — G. Schmoller: *Volkswirtschaft, Volkswirtschaftslehre u. -methode*. In: *Handwörterbuch der Staatswiss.* 3. Aufl. Bd 8. Jena 1911. S. 426—501. — R. Luxemburg: *Die Akkumulation des Kapitals*. Ein Beitrag zur ökon. Erklärung des Kapitalismus. Bln 1913. Nachdr. Frankfurt/M., Zürich 1965. — F. Petry: *Der soziale Gehalt der Marxschen Werttheorie*. Jena 1916. — V. I. Lenin: *Imperializm kak novëjšij etap kapitalizma*. Petrograd 1917. Dt.: *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*. In: *LW*, Bd 22. 1960. S. 189—309. — M. Weber: *Der Sinn der „Wertfreiheit“ der soziol. u. ökon. Wissenschaften*. In: *Logos* 7 (1917), S. 40 bis 88. Dass. u. d. T.: *Der Sinn der „Wertfreiheit“ der Sozialwissenschaften*. In: Ders.: *Soziologie*. Weltgeschiedtliche Analyse. Politik. Stuttgart 1956. S. 263—310. — N. Bucharin: *Ökonomika perechodnogo perioda*. C. 1. M. 1920. Dt. Ausg.: Ders.: *Ökonomik der Transformations*

- periode. Reinbek b. Hamburg 1970. — J. M. Keynes: A Treatise on Probability. Ldn 1921. New ed. 1950. Dt. Ausg.: Ders.: Über Wahrscheinlichkeit. Lpz. 1926. — N. Bucharin: Der Imperialismus u. die Akkumulation des Kapitals. In: Unter d. Banner d. Marxismus I (1927), S. 21 bis 63, 231—290. — E. A. Preobraženskij: Novaja ekonomika. Opyt teoretičeskogo analiza sovet'skogo chozjajstva. M. 1926. Dt. Ausg.: E. A. Preobraženski: Die neue Ökonomik. Bln 1971. — H. Grossmann: Das Akkumulations- u. Zusammenbruchsgesetz des kapitalist. Systems. Lpz. 1929. Neudr. Frankfurt/M. 1967. — G. Myrdal: Vetenskap och politik i nationalekonomien. Stockholm 1930. Dass. 1937. Dt. Ausg.: Ders.: Das polit. Element in der nationalök. Doktrinbildung. Bln 1931. Neuausg. Hannover 1963. — L. Robbins: An Essay on the Nature and Significance of Economic Science. Ldn 1932. — M. Kalecki: Próba teorii konjunktury. Warszawa 1933. Engl. Ausg.: Ders.: Essays in the Theory of Economic Fluctuations. Ldn 1939. — O. Lange: Marxian Economics and Modern Economic Theory. In: Rev. Econ. Stud. 2 (1934/1935), S. 189—201. — K. Popper: Logik der Forschung. Zur Erkenntnistheorie der modernen Naturwiss. Wien 1935. 3. erw. Aufl. Tübingen 1969. — J. M. Keynes: The General Theory of Employment, Interest and Money. Ldn, N. Y. 1936. New ed. 1951. Dt. Ausg.: Ders.: Allg. Theorie der Beschäftigung, des Zinses u. des Geldes. München, Lpz. 1936. Nachdr. Bln 1952. — M. Dobb: Political Economy and Capitalism. Ldn 1937. 5. impr. 1950. — O. Lange, F. M. Taylor: On the Economic Theory of Socialism. Minneapolis 1938. — W. Leontief: The Significance of Marxian Economics for Present-Day Economic Theory. In: Amer. Econ. Rev., Pap. & Proc. 28 (1938), S. 1—9. Dt. Übers.: Ders.: Die Bedeutung der Marx'schen Wirtschaftslehre für die gegenwärtige ökon. Theorie. In: Gegenstand u. Methoden der Nationalökonomie. Hrg.: R. Jochimsen, H. Knobel. Köln 1971. S. 109—117. — A. Lowe: Mr. Dobb and Marx' Theory of Value. In: Modern Quart. I (1938), S. 285—290. — R. F. Harrod: An Essay in Dynamic Theory. In: Econ. J. 49 (1939), S. 14—33. — L. Kantorovič: Matematičeskije metody organizacii i planirovanie proizvodstva. L. 1939. Engl. Übers.: L. V. Kantorovič: Mathematical Methods of Organizing and Planning Production. In: Management Sci. 6 (1960) 4, S. 366—422. — W. Eucken: Die Grundr. der Nationalökonomie. Jena 1940. 8. Aufl. Bln [usw.] 1965. — J. Robinson: An Essay on Marxian Economics. Ldn 1942. 2. ed. Ldn, N. Y. 1966. — P. M. Sweezy: The Theory of Capitalist Development. Principles of Marxian political economy. N. Y. 1942. Dt. Ausg.: Ders.: Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Eine analytische Studie über die Prinzipien der Marx'schen Sozialökonomie. Köln 1959. — J. A. Schumpeter: Capitalism, Socialism and Democracy. Ldn 1843. Dt. Ausg.: Ders.: Kapitalismus, Sozialismus u. Demokratie. Bern 1946. 2. Aufl. 1950. — E. D. Domar: Capital Expansion, Rate of Growth and Employment. In: Econometrica 14 (1946) 2, S. 137—147. — A. Hansen: Keynes and the General Theory. In: Rev. Econ. Statist. 28 (1946), S. 182—187. — P. A. Samuelson: Foundations of Economic Analysis. Cambridge (Mass.) 1947. Repr. N. Y. 1965. — M. H. Dobb: Soviet Economic Development since 1917. Ldn 1948. 6. ed. N. Y. 1967. — R. F. Harrod: Towards a Dynamic Economics. Some recent developments of economic theory and their application to policy. Ldn 1948. — P. A. Samuelson: Economics. An introductory analysis. N. Y. 1948. 8. ed. N. Y., Toronto, Ldn 1970. Dt. Ausg.: Ders.: Volkswirtschaftslehre. Eine einführende Analyse. Köln 1951. 4. Aufl. 2 Bde. 1969—70. — K. Arrow: Mathematical Models in the Social Sciences. In: The Policy Sciences. Ed.: D. Lerner, H. D. Lasswell. Stanford (Calif.) 1951. S. 119—154. — E. Bloch: Subjekt-Objekt. Erläuterungen zu Hegel. Bln[Ost] 1951. Erw. Ausg. Frankfurt/M. 1962. — J. Robinson: Marx and Keynes. In: Dies.: Collected Economic Papers. Oxford 1951. Repr. 1960. S. 133—145. — K. E. Boulding: Welfare Economics. In: A Survey of Contemporary Economics. Ed.: B. F. Haley. Vol. 2. Homewood (Ill.) 1952. S. 1—34. — W. Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Bern, Tübingen 1952. 4. Aufl. Tübingen, Zürich 1968. — P. A. Samuelson: Economic Theory and Mathematics. In: Amer. Econ. Rev., Pap. & Proc. 42 (1952) 2, S. 56—66. Dt. Übers.: Ders.: Ökon. Theorie u. Mathematik. Eine Stellungnahme. In: Gegenstand u. Methode der Nationalökonomie. Hrg.: R. Jochimsen, H. Knobel. Köln 1971. S. 204—214. — A. H. Hansen: A Guide to Keynes. N. Y. 1953. Dt. Ausg.: Ders.: Keynes' ökon. Lehren. Stuttgart, Düsseldorf 1959. — J. A. Schumpeter: History of Economic Analysis. N. Y. 1954. Dt. Ausg.: Ders.: Geschichte der ökon. Analyse. 2 Bde. Göttingen 1965. — J. v. Kempki: Handlung, Maxime u. Situation. Zur log. Analyse der math. Wirtschaftstheorie. In: Stud. gen. 7 (1954), S. 60—68. — M. H. Dobb: On Economic Theory and Socialism. Ldn, N. Y. 1955. — H. Albert: Das Werturteilsproblem im Lichte der log. Analyse. In: Z. ges. Staatswiss. 112 (1956), S. 410—439. — J. Robinson: The Accumulation of Capital. Homewood (Ill.), Ldn 1956. Dt. Ausg.: Dies.: Die Akkumulation des Kapitals. Wien 1965. — P. A. Baran: The Political Economy of Growth. N. Y. 1957. Dt. Ausg.: Ders.: Polit. Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums. Neuwied, Bln 1966. — F. Behrens: Zum Problem der Ausnutzung ökon. Gesetze in der Übergangsperiode. In: Wirtschaftswiss. 5 (1957), Sonderh. 3, S. 105—140. — R. Bellman: Dynamic Programming. Princeton 1957. — W. Brus: Über die Rolle des Wertgesetzes in der sozialist. Wirtschaft. In: Wirtschaftswiss. 5 (1957), S. 97—120. — E. D. Domar: Essays in the Theory of Economic Growth. N. Y. 1957. — J. Gillman: The Falling Rate of Profit. Marx's law and its significance to twentieth-century capitalism. N. Y. 1957. — R. Dorfman, P. A. Samuelson, R. M. Solow: Linear Programming and Economic Analysis. N. Y., Toronto, Ldn 1958. — G. Myrdal: Value in Social Theory. Ldn, N. Y. 1958. Dt. Ausg.: Ders.: Das Wertproblem in der Sozialwiss. Hannover 1965. — H. Albert: Der log. Charakter der theoretischen Nationalökonomie. In: Jb. Nat.-Ökonom. Statist. 171 (1959), S. 1—13. — G. Debreu: Theory of Value. N. Y. 1959. — O. Lange: Ekonomia polityczna. 2 t. Warszawa 1959—66. Dt. Ausg.: Ders.: Polit. Ökonomie. 2 Bde. Bln[Ost] 1969. Frankfurt/M., Wien [1970]. — E. Preiser: Nationalökonomie heute. München 1959. 9. Aufl. 1970. — A. Ehrlich: The Soviet Industrialization Debate 1924—1928. Cambridge (Mass.) 1960. — H. Giersch: Allg. Wirtschaftspolitik. Bd 1: Grundlagen. Wiesbaden 1960. — E. J. Mishan: A Survey of Welfare Economics, 1939—1959. In: Econ. J. 70 (1960), S. 197—265. — P. Sraffa: Production of Commodities by Means of Commodities. Prelude to a critique of economic theory. Cambridge 1960. Dt. Ausg.: Ders.: Warenproduktion mittels Waren. Einl. zu einer Kritik der ökon. Theorie. Bln[Ost] 1968. — W. Brus: Ogólne problemy funkcjonowania gospodarki socjalistycznej. Warszawa 1961. Dt. Ausg.: Ders.: Funktionsprobleme der sozialist. Wirtschaft. Frankfurt/M. 1971. — B. Horvat: Ekonomska teorija planske privrede. Beograd 1961. Engl. Ausg.: Ders.: Towards a Theory of Planned Economy. Beograd 1964. — O. Lange: Pisma ekonomiczne i społeczne, 1950—1960. Warszawa 1961. Engl. Ausg.: Ders.: Papers in Economics and Sociology, 1930—1960. Oxford 1970. — *Primenenie matematiki v ekonomičeskij issledovanijach*. Red.: V. S. Nemčinov. T. 2. M. 1961. Dt. Ausg.: Math. Methoden in der Wirtschaft. [Von] W. S. Nemschinow [u. a.] Bln[Ost] 1964. Dass. u. d. T.: Math. Methoden in der sowj. Wirtschaft. München, Wien 1966. — H. Albert: Der moderne Methodenstreit u. die Grenzen des Methodenpluralismus. In: Jb. Sozialwiss. 13 (1962) 2, S. 143—169. — M. Blaug: Economic Theory in Retrospect. Homewood (Ill.) 1962. 2. ed. 1968. — E. Mandel: Traité d'économie marxiste. Paris 1962. Dt. Ausg.: Ders.: Marxist. Wirtschaftstheorie. Frankfurt/M. 1968. — V. S. Nemčinov: Ekonomiko-matematičeskije metody i modeli. M. 1962. 2. izd. 1965. Dt. Ausg.: W. S. Nemschinow: Ökon.-math. Methoden u. Modelle. Bln [Ost] 1965. München, Wien 1966. — *Problems of Political Economy of Socialism*. Ed.: O. Lange. New Delhi 1962. — J. Robinson: Economic Philosophy. Ldn 1962. Repr. 1966. Dt. Ausg.: Dies.: Doktrinen der Wirtschaftswiss. Eine Auseinandersetzung mit ihren Grundgedanken u. Ideologien. München 1965. 2. Aufl. 1968. — P. A. Samuelson: Economists and the History of Ideas. In: Amer. Econ. Rev. 52 (1962) 1, S. 1—18. — E. Schneider: Einf. in die Wirtschaftstheorie. Tl 4. Ausgew. Kapitel der Geschichte der Wirtschaftstheorie. Bd 1. Tübingen 1962. — A. Angermann: Industrielle Planungsrechnung. Bd 1: Entscheidungsmodelle. Frankfurt/M. 1963. — E. Hahn: Marxismus u. Ideologie. In: Dt. Z. Philos. 12 (1964) 10, S. 1171—1192. — E. Liefmann-Keil: Einführung in die polit. Ökonomie. Freiburg/Br., Basel, Wien 1964. — *Theorie u. Realität*. Ausgew. Aufsätze zur Wissenschaftslehre der Sozialwiss. Hrg.: H. Albert. Tübingen 1964. — W. Brus, K. Łaski: The Law and the Problem of Allocation in Socialism. In: On Political Economy and Econometrics. Warszawa 1965. Repr. 1969. S. 45—59. — J. Hicks: Capital and Growth. Oxford 1965. — *Logik der Sozialwissenschaften*. Hrg.: E. Topitsch. Bln, Köln 1965. — *Primenenie matematiki v ekonomičeskij issledovanijach*. Red.: V. S. Nemčinov. T. 3. M. 1965. Dt. Ausg.: Die Anwendung der Mathematik bei ökon. Untersuchungen. Bln[Ost] 1967. Dass. München, Wien 1968. — R. Richter: Methodologie aus der Sicht des Wirtschaftstheoretikers. In: Weltwirtsch. Arch. 95 (1965), S. 242—261. — E. Altvater: Rationalisierung u. Demokratisierung. In: Argument 8 (1966) 4, S. 265 bis 289. — P. A. Baran, P. M. Sweezy: Monopoly Capital. N. Y. 1966. Dt. Ausg.: Dies.: Monopolkapital. Frankfurt/M. 1967. — Dies.: A Note on the Theory of Imperialism. In: Monthly Rev. 17 (1966), S. 15—31. — H. D. Boris: Zur polit. Ökonomie der Beziehungen zwischen Entwick-

lungsländern u. westlichen Industriegesellschaften. In: *Argument* 8 (1966), S. 173—202. Überarb. Fassung in: *Friedensforschung*. Hrsg.: E. Krippendorff. Köln, Bln 1968. S. 320—351. — **Grundlagen der Wirtschaftspolitik**. Hrsg.: G. Gäfgen. Köln, Bln 1966. — **A. G. Frank**: Capitalism and Underdevelopment in Latin America. N. Y., Ldn 1967. Dt. Ausg.: Ders: Kapitalismus u. Unterentwicklung in Lateinamerika. Frankfurt/M. 1968. — **T. Kemp**: Theories of Imperialism. Ldn 1967. — **R. L. Meek**: Economics and Ideology and Other Essays. Studies in the development of economic thought. Ldn 1967. — **V. V. Novožilov**: Problemy izmerenija zatrat i rezul'tatov pri optimal'nom planirovanii. M. 1967. Dt. Ausg.: W. W. Nowoschilow: Die Messung von Aufwand u. Ergebnis. Bln[-Ost] 1970. — **W. Ulbricht**: Die Bedeutung des Werkes „Das Kapital“ von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR u. den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland. Bln[-Ost] 1967. — **B. N. Ward**: The Socialist Economy. A study of organizational alternatives. N. Y. 1967. — **M. Friedman**: The Role of Monetary Policy. In: *Amer. Econ. Rev.* 58 (1968), S. 1—17. — **J. Habermas**: Technik u. Wissenschaft als „Ideologie“. Frankfurt/M. 1968. — **E. Hahn**: Hist. Materialismus u. marxist. Soziologie. Studien zu methodologischen u. erkenntnistheoretischen Grundlagen der soziologischen Forschung. Bln[-Ost] 1968. — **W. Hofmann**: Das Elend der Nationalökonomie. In: *Gesellschaft, Recht u. Politik*. Hrsg.: H. Maus. Neuwied, Bln 1968. S. 161—181. — **Kritik der polit. Ökonomie heute, 100 Jahre „Kapital“**. Referate u. Diskussionen. Hrsg.: W. Euchner, A. Schmidt. Frankfurt/M., Wien 1968. — **K. Lancaster**: Mathematical Economics. N. Y., Ldn 1968. — **Marx and Modern Economics**. Ed.: D. Horowitz. Ldn 1968. — **A. Bhaduri**: On the Significance of Recent Controversies in Capital Theory. A Marxian view. In: *Econ. J.* 79 (1969), S. 532 bis 539. — **H. Grossmann**: Marx, die klassische Nationalökonomie u. das Problem der Dynamik. Frankfurt/M., Wien 1969. — **E. Che Guevara**: Ökonomie u. neues Bewußtsein. [Übers. aus d. Span.] Bln 1969. — **G. C. Harcourt**: Some Cambridge Controversies in the Theory of Capital. In: *I. Econ. Lit.* 7 (1969), S. 369—405. — **Zur Kritik der Sowjetökonomie**. [Von] Ch. Bettelheim [u. a.] Bln 1969. — **V. L. Makarov**: Modeli optimal'nogo rosta ekonomiki. In: *Ekon. mat. met.* 5 (1969), S. 569—581. [Modelle des optimalen wirtschaftlichen Wachstums.] — **Economic Means and Social Ends**. Essays on political economics. Ed.: R. L. Heilbroner. Englewood Cliffs, (N. J.) 1969. — **G. Myrdal**: Objectivity in Social Research. N. Y. 1969. Dt. Ausg.: Ders.: Objektivität in der Sozialforschung. Frankfurt/M. 1971. — **Ch. Bettelheim**: Calcul économique et formes de propriété. Paris 1970. Dt. Ausg.: Ders.: Ökon. Kalkül u. Eigentumsformen. Zur Theorie der Übergangsgesellschaft. Bln 1970. — **P. Dobias**: Zur Struktur des Marxschen Systems. In: *Weltwirtsch. Arch.* 104,2 (1970), S. 279—303. — **B. S. Frey**: Die ökon. Theorie der Politik oder die neue polit. Ökonomie. In: *Z. ges. Staatswiss.* 126 (1970), S. 1—23. — **J. Habermas**: Zur Logik der Sozialwissenschaften. Materialien. Frankfurt/M. 1970. — **W. Hofmann**: Die Ideologisierung der ökon. Theorie. In: *Stud. gen.* 23 (1970), S. 1189—1196. — **K. Kühne**: Marx im Lichte der modernen Wirtschaftswiss. In: *Karl Marx: Ökon. Schriften*. Hrsg.: K. Kühne. Stuttgart 1970. S. XVIII bis LXXXVII. — **S. S. Satalin**: Nekotorye problemy teorii optimal'nogo funkcionirovanija socialističeskoj ekonomiki. In: *Ekon. mat. met.* 6 (1970), S. 835—848. [Einige Probleme der Theorie des optimalen Funktionierens der sozialist. Wirtschaft.] — **H. Sherman**: The Marxist Theory of Value Revisited. In: *Sci. & Soc.* 34 (1970), S. 257—292. — **E. Wolfstetter, H. G. Nutzinger**: Überlegungen zur Marxschen Ökonomie. Ms. Heidelberg 1970. — **K. I. Arrow, F. H. Hahn**: General Competitive Analysis. San Francisco, Edinburgh 1971. — **W. Breuer**: Warenproduktion u. Sozialismus. In: *Sozialist. Politik* 13 (1971), S. 1—14. — **Gegenstand u. Methoden der Nationalökonomie**. Hrsg.: R. Jochimsen, H. Knobel, Köln 1971. — **R. Hickel**: Zur Methode der polit. Ökonomie. In: *K. Marx: Das Kapital*. Bd 3. Bln 1971. S. 902—931. — **H. G. Nutzinger**: Wirtschaftstheorie aus der Sicht der polit. Ökonomie. In: *Stud. gen.* 24 (1971), S. 977—998. — **Ch. Palloix**: L'économie mondiale capitaliste. 2 t. Paris 1971. — **C. C. v. Weizsäcker**: Steady State Capital Theory. Bln, Heidelberg, N. Y. 1971. — **N. Spulber**: Socialist Management and Planning. Topics in comparative socialist economics. Bloomington (Ind.), Ldn 1971. — **P. Hennicke, H. G. Nutzinger**: Überlegungen zur Wirkungsweise des Wertgesetzes in der Transformationsperiode. 2 Tle. Ms. Heidelberg 1971—72. — **W. Brus**: Wirtschaftsplanung. Für ein Konzept der polit. Ökonomie. Frankfurt/M. 1972.

Hans Gottfried Nutzinger